

Aus: Detlef Nakath, Gero Neugebauer,  
Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.)  
„Im Kreml brennt noch Licht“. Die Spitzenkontakte  
zwischen SED/PDS und KPdSU 1989–1991

Detlef Nakath / Gero Neugebauer /  
Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.)

## »Im Kreml brennt noch Licht«

Die Spitzenkontakte  
zwischen SED/PDS und KPdSU  
1989–1991



dietz berlin

© Karl Dietz Verlag Berlin, 1998

Bei dem hier wiedergegebenen Text handelt es sich um die Einführung zu einer Dokumentensammlung. Die angeführten Verweise (Dokument ...) beziehen sich auf die in diesem Buch zusammengestellten Quellen.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages und der Autoren.



# Von der „Freiheit der Wahl“

## Die Spitzenkontakte von SED/PDS und KPdSU 1989–1991

---

### Prolog: SED und KPdSU im Spannungsfeld zwischen „Sozialismus in den Farben der DDR“ und Perestroika (1985–1989)

„Und nur im Kreml drüben ist noch Licht.“ Erich Weinert, der 1935 in die Sowjetunion emigrierte, schrieb 1939 ein Gedicht mit Blick auf das für ihn in Moskau befindliche Zentrum der Weltrevolution: „Spät leg ich meine Feder aus der Hand./Als schon die Dämmerung aus den Wolken bricht./Ich schau zum Kreml. Ruhig schläft das Land./Sein Herz bleibt wach. Im Kreml ist noch Licht.“<sup>1</sup>

Am 10. und 11. November des Jahres 1986 waren die Konferenzsäle des Kreml hell erleuchtet. In Moskau hatten sich die Partei- und Staatschefs Bulgariens, der DDR, Kubas, der Mongolei, Polens, Rumäniens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarns und Vietnams zu einer Beratung über die Perspektiven ihrer Zusammenarbeit eingefunden. Alle zehn Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die europäischen Vertreter waren zugleich im Warschauer Vertrag zusammengeschlossen, nahmen teil. Auf der Tagesordnung standen nicht nur Fragen der ökonomischen Beziehungen. Das Referat von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow enthielt vor allem Überlegungen einer veränderten Ostblock-Strategie, die sich aus der in den Monaten zuvor erfolgten Formulierung neuer außenpolitischer Prinzipien, verbunden mit der Bezeichnung „Neues Denken“, ergaben.

Gorbatschow war am 11. März 1985 zum ersten Mann im Kreml aufgestiegen. Er wurde Nachfolger der in Jahresfristen verstorbenen Generalsekretäre Leonid Breschnew, Juri Andropow und Konstantin Tschernenko. Auf einem ZK-Plenum der KPdSU hatte ihn Politbüromitglied Andrej Gromyko – zu dieser Zeit dienstältester Außenminister der Welt – vorgeschlagen und die Nominierung durchgesetzt. Keiner wäre damals auf den Gedanken gekommen, daß später einmal gerade der Namen Gorbatschow mit dem Untergang des sozialistischen Weltsystems verknüpft werden würde.

Zunächst baute der neue KPdSU-Generalsekretär eifrig an einem „gesamteuropäischen Haus“ und erntete für seine außenpolitischen Initiativen zur Wiederaufnahme der 1983 eingefrorenen Rüstungskontrollverhandlungen zwischen UdSSR und USA Anerkennung und Zuspruch. Vor dem Moskauer Sondergipfel der RGW-Mitgliedsländer hatte sich Gorbatschow bereits zweimal mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan getroffen, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf sowie am 11. und 12. Oktober 1986 in Reykjavik, und sich dabei medienwirksam in Szene gesetzt. Die Weltöffentlichkeit registrierte die unflexible, defensive Position der USA und erhoffte nun von der UdSSR konstruktive Verhandlungsschritte mit dem Ziel vertraglicher Vereinbarungen, zunächst auf dem Gebiet der nuklearen Mittelstreckenraketen.

Michail Gorbatschow trat in dieser Situation vor die Partei- und Staatsführungen der sozialistischen Länder und verkündete den Eintritt in einen neuen Abschnitt ihrer gegenseitigen Beziehungen. Bis dahin galt noch die Breshnew-Doktrin, d. h. eine begrenzte Souveränität und ein eingeschränktes Selbstbestimmungsrecht der Warschauer-Pakt-Staaten unter der Hegemonie der Sowjetunion. Wie das Beispiel der Tschechoslowakei 1968 demonstriert hatte, war damit auch ein militärisches Eingreifen zu rechtfertigen, wenn irgendwo die politische Stabilität ernsthaft gefährdet schien.

Nunmehr, verkündete Gorbatschow in Moskau, sei im KPdSU-Politbüro nach intensiven Diskussionen die Schlußfolgerung gezogen worden, „die Beziehungen in der sozialistischen Gemeinschaft so umzugestalten, daß sie mit dem Geist der Zeit übereinstimmen, und dabei alles zu beseitigen, was die Gemeinschaft daran hindert, ihre inneren und die internationalen Probleme zu lösen“.<sup>2</sup> Das System der politischen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern wäre auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln. Als Prinzipien sollten künftig gelten: „Selbständigkeit jeder Partei, ihr Recht zur

---

<sup>1</sup> Erich Weinert: Gesammelte Gedichte, Bd. 5, Berlin/Weimar 1975, S. 473.

<sup>2</sup> Das interne, von der SED-Delegation gefertigte Protokoll der Moskauer Beratung vom 10./11. November 1986 vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (im folgenden SAPMO-BArch, DY 30)/IV 2/1/658. Vgl. Auszüge in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 8/1994, S. 713 ff.

souveränen Entscheidung über die Entwicklungsprobleme ihres Landes, ihre Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk.“<sup>3</sup>

Das SED-Politbüro stimmte bereits am 18. November 1986 dem Bericht Erich Honeckers über das Treffen in Moskau formal zu. Die Protokollniederschrift wurde zur Kenntnis genommen, als Grundlage für weitere Schlußfolgerungen der einzelnen ZK-Sekretariatsbereiche und des DDR-Ministerrates ausgewiesen sowie als Informationsmaterial für die SED-Bezirkssekretäre, die ZK-Abteilungsleiter und weitere Parteikader bestätigt.<sup>4</sup>

Offenbar war Honecker durchaus damit einverstanden, daß Moskau den innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum der einzelnen Parteien des Ostblocks erweiterte. Wohl deshalb empfahl das Politbüro den SED-Spitzenfunktionären die Lektüre des Tagungsprotokolls.

Darüber hinaus dürften dem SED-Chef jedoch ernste Gefahren deutlich geworden sein, die sich mit der neuen sowjetischen Strategie sowohl für die politischen und ideologischen Fundamente des sozialistischen Weltsystems als auch für die an die Blockkonfrontation gebundene Existenz der DDR ergaben. Honecker erklärte im November 1992 im Gespräch mit einem britischen Historiker in der Haftanstalt Berlin-Moabit, daß der Sinn der Rede Gorbatschows 1986 in Moskau seiner Meinung nach darin bestanden hätte, daß „die Sowjetunion kein Monopol auf Wahrheit besitze“ und daß darüber hinaus Gorbatschow gegenüber den anderen Staaten bzw. Parteien „eine neue Beziehung in der ‚Partnerschaft‘ vorgeschlagen habe“.<sup>5</sup>

Dies dürfte jedoch nur die halbe Wahrheit gewesen sein. In den auf die Tagung folgenden Wochen verstärkte sich in der SED-Führung die Unsicherheit über die praktischen Folgen der Aussagen Gorbatschows. Während das KPdSU-Politbüro wohl im eigenen Interesse hoffte, den sozialistischen Staaten eine neue, langfristige Orientierung geben zu können, erfaßte Honecker intuitiv, welche Wirkungen eine solche veränderte Strategie für die DDR implizierte.

Im Umfeld Honeckers verstärkten sich jedenfalls die unterschiedlich begründeten und ausgeprägten Resentiments gegenüber dem KPdSU-Generalsekretär. Schließlich artikulierten sich unmißverständlich die Signale von Politbüromitgliedern und vom SED-Generalsekretär selbst gegenüber der Politik Gorbatschows,

vor allem gegenüber Glasnost und Perestroika, die zunächst an den Parteiapparat, dann auch an eine breitere Öffentlichkeit in der DDR weitergegeben wurden.

Am 21. Januar 1987 belehrte Honecker im ZK-Sekretariat die Anwesenden: „Es gibt Grundsätze des Marxismus-Leninismus, wir halten daran fest, selbstverständlich unter Beachtung konkreter historischer und nationaler Bedingungen.“ Was in der UdSSR gemacht werde, sei deren Sache, alle sollten jedoch bedenken: „Wir haben schon zur Sowjetunion gehalten, da lief man dort noch in Bastschuhen.“<sup>6</sup>

Honecker konnte sich der Loyalität des „großen Bruders“ schon länger nicht mehr so sicher sein, wie das die Propaganda-Losung von der „unverbrüchlichen Freundschaft“ zur Sowjetunion bis zuletzt suggerierte. Bereits in der Amtszeit Breshnews hatte es erste Anzeichen für neue strategische Überlegungen des Kreml gegeben. Im Oktober 1981 teilte der ZK-Sekretär der KPdSU Konstantin Russakow im persönlichen Auftrag von Leonid Breshnew dem SED-Chef mit, daß die DDR eine Kürzung der jährlichen Erdöllieferungen um ca. zwei Millionen Tonnen in Kauf nehmen müsse, da in der Sowjetunion selbst „die schwersten Zeiten anbrechen werden“.<sup>7</sup> Honecker versuchte auf die schwerwiegenden Folgen einer Destabilisierung der DDR für den ganzen Ostblock hinzuweisen – jedoch ohne Erfolg. Ohrenzeugen berichteten, daß Russakow sogar davon gesprochen habe, die UdSSR stehe vor einem neuen Brest-Litowsk. Laut ZK-Abteilungsleiter Günter Sieber zeigte sich Honecker außerordentlich verunsichert, warum die Situation von 1981 mit dem Friedensabschluß Rußlands von 1918 verglichen wurde. Nach der Wende vermutete Sieber, damit sei erstmals die Möglichkeit einer neuen sowjetischen Globalstrategie angesprochen worden, die eine Aufgabe des „Vorpostens“ DDR nicht mehr ausschloß.<sup>8</sup>

Da sich diese Gedankenspiele in der Zeit der ständig wechselnden KPdSU-Generalsekretäre zwischen 1982 und 1985 zunächst nicht verfestigten, eher sogar die Rückversicherung des Kreml bei den osteuropäischen Bündnispartnern wieder zunahm, mag das SED-Politbüro die diesbezüglichen Zweifel zunächst verdrängt haben. Als Gorbatschows „Umgestaltung“ in der Gesellschafts- und Außenpolitik immer konkretere Züge annahm, unterließ es Honecker sträflich, über die Veränderungen der internationalen Beziehungen und die

3 Ebenda.

4 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2956.

5 Timothy Garton Ash: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 680.

6 SAPMO-BArch, DY 24 (Bestand Zentralrat der Freien Deutschen Jugend) /AA 277.

7 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2431.

8 Vgl. Günter Sieber: Ustinow tobte, Gorbatschow schwieg, in: Brigitte Zimmermann/Hans-Dieter Schütt (Hrsg.): OhnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin 1992, S. 232; ders.: Schwierige Beziehungen. Die Haltung der SED zur KPdSU und zur Perestroika, in: Hans Modrow (Hrsg.): Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED, Berlin 1994, S. 71f.

Auswirkungen auf die innere Entwicklung des Sozialismus in der DDR nachzudenken.

Nach der Wahl Michail Gorbatschows zum KPdSU-Generalsekretär am 11. März 1985 hatten sich die traditionellen Strukturen der Parteibeziehungen von SED und KPdSU zunächst kaum verändert. Es blieb bei der bedingungslosen Unterordnung der DDR unter die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik im europäischen und globalen Maßstab, wenngleich sich die SED-Führung mit ihrer Deutschlandpolitik in kleinen Schritten zu emanzipieren versuchte. In politisch-ideologischer Hinsicht setzte man weiter auf den proletarischen Internationalismus und sozialistischen Patriotismus sowie auf die „ewigen Wahrheiten“ des Marxismus-Leninismus. Wirtschaftlich hatte die DDR immer zwei Drittel ihres Außenhandelsvolumens mit den Ostblockstaaten umgesetzt, wobei DDR und Sowjetunion füreinander jeweils die wichtigsten Handelspartner darstellten. Auch auf vielen anderen Gebieten, so in der Militär- und Sicherheitspolitik, der Kultur- und Bildungspolitik, dem Rechtswesen oder der Medienpolitik hatte sich die SED immer an das sowjetische Modell angelehnt. Seit den fünfziger Jahren war ein enges Beziehungsgeflecht entstanden, in das neben der SED auch die anderen Blockparteien, die Gewerkschaften, die FDJ und weitere gesellschaftliche Organisationen eingebunden waren. Selbstverständlich erschienen auch die staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion als ein Spiegelbild dieser „ewigen brüderlichen Verbundenheit mit dem Lande Lenins“.

Bereits einen Tag nach seiner Wahl telefonierte am Nachmittag des 12. März 1985 Michail Gorbatschow mit dem aus Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Konstantin Tschernenko nach Moskau gereisten SED-Generalsekretär Erich Honecker. Dieser befand sich zu diesem Zeitpunkt noch auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo. Beide bekräftigten „die Verbundenheit unserer Parteien, Staaten und Völker“. Honecker brachte dabei zum Ausdruck, daß Gorbatschows Rede nach seiner Wahl „unsere volle Bestätigung findet. Sie beinhaltet das, was auch wir denken.“<sup>9</sup> Diese Auffassung des SED-Generalsekretärs sollte sich jedoch bald ändern.

In der Erinnerung des damaligen DDR-Botschafters in Moskau, ZK-Mitglied Egon Winkelmann, erschien

ihm Honecker bereits zu dieser Zeit beunruhigt: „Irgendwie hatte ihn die Wahl des erst 54 Jahre alten Gorbatschow wohl doch nicht ruhig schlafen lassen. ‚Wie wird es weitergehen?‘ fragte er mich, ohne eine Antwort abzuwarten. Ich hätte sie auch nicht geben können.“<sup>10</sup>

Die Abneigung Honeckers gegenüber den in der Sowjetunion eingeleiteten Reformen ist inzwischen hinlänglich bekannt und verschiedentlich dokumentiert.<sup>11</sup> Bereits 1986 schwenkte Honecker auf einen Kurs ein, der das Beispiel der Sowjetunion intern entwertete und nur noch den nationalen Kurs der SED als „zukunftsweisend“ propagierte. Das „neue Denken“, Glasnost und Perestrojka in der KPdSU und UdSSR sollten für die SED und DDR nicht gelten.

Aus dieser Orientierung resultierte u. a., daß ZK-Sekretär Kurt Hager Redakteuren des Hamburger Magazins „stern“ seine Meinung zu den unter Gorbatschow eingeleiteten gesellschaftlichen Veränderungen in der UdSSR ungewöhnlich deutlich mitteilte: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar eine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“<sup>12</sup>

Zwischen Honecker und Gorbatschow entwickelten sich frühzeitig unterschiedliche Sichten auf die Perspektive der deutsch-deutschen Beziehungen. Gorbatschow lehnte noch am Rande des XI. Parteitages der SED im April 1986 einen Besuch Honeckers in Bonn rundweg ab, was das Mißfallen des SED-Chefs gegenüber dem jüngeren Kremlführer weiter verstärkte.<sup>13</sup>

Den Bruch verdeutlichten im Herbst 1988 in besonderer Weise die Reaktionen auf das Verbot der sowjetischen, deutschsprachigen Monatszeitschrift „Sputnik“. Am 19. November 1988 war aus den Tageszeitungen der DDR zu erfahren, daß das vielgelesene sowjetische Digest von der Postzeitungsliste gestrichen sei. Die kurze Begründung enthielt die Behauptung, der „Sputnik“ brächte „keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte“. Einige Tage später mußte die Wiedergabe eines Kommentars aus der Düsseldorfer DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ im SED-Zentralorgan die ausführlichere Erläuterung vornehmen, um den „vielen Fragen und heftigen Reaktionen“ in der Bevölkerung zu begegnen. Am 25. November wandte sich

9 Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993, S. 23 f.

10 Egon Winkelmann: Moskau, das war's. Erinnerungen des DDR-Botschafters in der Sowjetunion 1981 bis 1987, Berlin 1997, S. 208 f.

11 Vgl. Monika Nakath: SED und Perestrojka. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den 80er Jahren (hefte zur ddr-geschichte, 9), Berlin 1993; dies.: Ein neuer „Sputnik“-Schock? Die SED im Spannungsfeld zwischen Glasnost und Perestrojka, in: Siegfried Prokop: Die kurze Zeit der Utopie, Berlin 1994; Fred Oldenburg: Das entgleiste Bündnis. Zum Verhältnis DDR – Sowjetunion im Zeichen von Perestrojka und „neuem Denken“, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 1, Opladen 1996, S. 199 ff.; Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche; Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987–1990, Berlin 1996.

12 Neues Deutschland (ND), 10. April 1987.

13 Vgl. Daniel Küchenmeister: Honecker – Gorbatschow, S. 14 ff.

schließlich ein redaktioneller Leitartikel des „Neuen Deutschland“ offen „Gegen die Entstellung der historischen Wahrheit“. Gleichzeitig mit dem „Sputnik“-Verbot wurden fünf sowjetische Spielfilme, die sich kritisch mit der Geschichte des Landes nach der Oktoberrevolution von 1917 beschäftigten, in der DDR vom laufenden Spielplan abgesetzt.

Das „Sputnik“-Verbot markierte einen wichtigen Einschnitt. Nach Einschätzung des Ministeriums für Staatssicherheit stand nun erstmals die Meinung von DDR-Bevölkerung und SED-Mitgliederbasis (fast 2,3 Millionen) geschlossen gegen die Auffassung der Parteiführung. Es zeigte sich eine eindeutige, offene Ablehnung der politischen Herrschaftsausübung im Lande. Doch das Politbüro ignorierte solche wie andere Warnsignale konsequent.

In einzelnen Grundorganisationen war es bereits 1987 zu Auseinandersetzungen um die Perestroika-Bewertung in der SED gekommen.<sup>14</sup> Im Frühjahr 1988 reflektierte sich die zunehmende Verunsicherung von SED-Instanzen in der Veröffentlichung eines ungewöhnlichen Artikels der „Sowjetskaja Rossija“, der unter dem Namen des KPdSU-Mitglieds Nina Andrejewa erschienen war. Er widerspiegelte die Meinung von Perestroika-Gegnern in der KPdSU-Führung. Die Irritationen der SED-Mitglieder wurden noch größer, als eine Woche später, wieder im „Zentralorgan“, der von Gorbatschow organisierte „Prawda“-Gegenartikel abgedruckt wurde.<sup>15</sup>

Gorbatschow präsentierte zwischenzeitlich – im Herbst 1987 – sein Buch „Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt“, das parallel in Ost und West als Übersetzung erschien. Darin verkündete er, daß jedes Volk „souverän“ entweder den Kapitalismus oder den Sozialismus „wählen“ könne.<sup>16</sup> Über die deutsche Frage werde – vielleicht in hundert Jahren – die Geschichte entscheiden. Sein Ratschlag für die aktuelle Politik lautete: „Stabile Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR aber werden die Lage in Europa erheblich zum Besseren wandeln.“<sup>17</sup>

Gorbatschows Buch wurde in der DDR in 160 000 Exemplaren verbreitet. Seine Vorstellungen, die Theorie und Praxis der realsozialistischen Gesellschaftspolitik

zu reformieren, stießen bei vielen Lesern auf Zustimmung. Seine wirtschafts- und sozialpolitischen Defizite wurden allerdings ebenso festgestellt.

Doch eine gründliche Analyse des Konzeptes und der Politik unterblieb durch die SED ebenso wie eine Folgeabschätzung des Verhandlungsprozesses mit den USA und Westeuropa. Das Politbüro diskutierte nicht ein einziges Mal substanzielle Probleme im Verhältnis zwischen KPdSU und SED. Der ZK-Apparat in Berlin priores unentwegt die kluge Politik Honeckers seit dem VIII. Parteitag 1971 und wich den Anfragen nach Glasnost und Perestroika aus. Die gesellschaftswissenschaftlichen Institute des Landes erforschten z. T. die skurrilsten Fragestellungen. In Vorbereitung des für Mai 1990 einberufenen XII. Parteitages wurde den möglichen Konsequenzen des gravierend veränderten sowjetischen Kurses beharrlich aus dem Wege gegangen. Unter Dutzenden an die gesellschaftswissenschaftlichen Institute der DDR in Auftrag gegebenen Studien für den Parteitag tauchte keine zu den Folgen des „neuen Denkens“ für die internationalen Beziehungen auf.<sup>18</sup>

Honeckers Verhalten ähnelte einer Mixtur aus Vogel-Strauß-Prinzip und Besserwisseri. Zur 7. ZK-Tagung im Dezember 1988 offerierte er der erstaunten Parteibasis, für die SED sei es doch ein alter Hut, „daß es kein für alle sozialistischen Länder geltendes Modell gibt“.<sup>19</sup> Partei und Volk in der DDR würden die Linie der KPdSU uneingeschränkt unterstützen, jedoch: „Bei der Beurteilung dieser Frage darf sich niemand ablenken lassen durch das Gequake wildgewordener Spießer, die die Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion im bürgerlichen Sinne umschreiben möchten.“<sup>20</sup> Die SED-Führung – so Honeckers neue und widersprüchliche Begriffsprägung – ließe sich nunmehr vor allem davon leiten, „daß das Antlitz des Sozialismus, man kann es heute so sagen, in den Farben der DDR“ gestaltet werde.<sup>21</sup>

Im Mai 1989 veröffentlichte die Ex-Parteihochschullektorin und Honecker-Beraterin Hanna Wolf einen Zeitungsartikel zur Geschichte der Komintern, der das zutiefst dogmatische Geschichts- und Weltbild nochmals offenbarte und die sowjetischen Bemühungen um eine Stalinismus-Aufarbeitung kristisierte.<sup>22</sup> Intellek-

14 Vgl. Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Frankfurt/O. 1996, Bd. 1, S. 88 ff. sowie Bd. 2, S. 437 ff.

15 Vgl. ND, 2./3. April sowie 9./10. April 1988.

16 Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987, S. 182. Die westdeutsche Ausgabe erschien unter dem Titel „Perestroika. Die zweite russische Revolution“ in München.

17 Ebenda, S. 259.

18 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/696.

19 Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen. Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED, Berichterstatter: Erich Honecker, Berlin 1988, S. 10 f.

20 Ebenda, S. 9.

21 Ebenda, S. 9 bzw. S. 91.

22 Vgl. ND, 6./7. Mai 1989.

tuelle zeigten sich entsetzt, mit letzter Energie pries der ZK-Apparat das Elaborat als beispielhaft.

Anfang Juli 1989, als schon Tausende ausreisewillige DDR-Bürger in Ungarn auf ein Schlupfloch in den Westen warteten, kamen die führenden Repräsentanten des Warschauer Paktes in Bukarest zu einem regulären Gipfeltreffen zusammen. Gorbatschow nutzte die Gelegenheit, um die Breshnew-Doktrin endgültig zu Grabe zu tragen.<sup>23</sup> Ungarn befand sich mittlerweile bereits auf dem Weg zu einem Mehrparteiensystem. In Polen saßen sich PVAP-Vertreter und „Solidarność“-Oppositionelle an einem Runden Tisch gegenüber. In der Nacht nach dem ersten Beratungstag erlitt Honecker eine Gallenkolik und wurde in seiner Sondermaschine – in Begleitung des Delegationsmitgliedes Egon Krenz – nach Berlin zurückgeflogen. Man könnte annehmen, damit brachte er seine Meinung und vor allem sein Unverständnis über die mittlerweile eingetretene Situation offen zum Ausdruck.

Der als neuer Delegationsleiter zurückgelassene DDR-Ministerpräsident Willi Stoph verweigerte am zweiten Beratungstag eine Wortmeldung. Honecker hatte ihn offenbar ohne Redemanuskript und jegliche Instruktionen zurückgelassen.

In den Wochen danach, in der Phase akuter Sprachlosigkeit seitens der SED-Führung – mit einem kranken Honecker und einem entscheidungsunwilligen Vertreter Günter Mittag –, blieb die sowjetische Haltung zur Krise in der DDR zwiespältig. Über die diplomatischen Kanäle sicherten Moskauer Stellen zwar verbal Hilfe und Unterstützung zu.<sup>24</sup> Jedoch kam weder eine Krisensitzung der Außenminister des Warschauer Paktes zur ungarischen Haltung in der Flüchtlingsproblematik zustande noch intervenierte die UdSSR ernsthaft gegenüber der vermeintlichen Einmischung Bonns in die „inneren Angelegenheiten“ der DDR. Honecker und Mittag gingen noch davon aus, sie könnten sich in dieser Frage voll auf die sowjetische Führung verlassen, zumal Außenminister Eduard Schewardnadse in einem Brief an seinen DDR-Amtskollegen Oskar Fischer vom 1. September 1989 die Vorgänge in Ungarn als „Exzesse“ bezeichnete, die „durch Versuche einer nicht geringen Zahl von DDR-Bürgern, illegal in die BRD zu gelangen, hervorgerufen wurden“. Der sowjetische Außenminister fügte in seinem Schreiben hinzu: „Unsere Einschätzung des Charakters der Ursachen dieser Erscheinungen stimmen mit denen überein, was darüber in der DDR gesagt und geschrieben wird.“<sup>25</sup> In seinem 1995 erschienenen Erinnerungsband teilte Scheward-

nadse dem überraschten Leser mit, daß er schon 1986 zu der Auffassung gelangt sei, daß „Deutschlands Vereinigung unvermeidlich“ sein würde.<sup>26</sup> Falls dies nicht lediglich eine Anpassung an die neuen Realitäten war, hat der sowjetische Außenminister diese exklusive Auffassung in seiner Zeit im Moskauer Außenamt bis 1990 geschickt zu verbergen gewußt.

Zum 40. Jahrestag der DDR formulierte Michail Gorbatschow den prophetischen Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Am 18. Oktober 1989 bestätigte eine ZK-Tagung den längst überfälligen Rücktritt Erich Honeckers und wählte Egon Krenz zum neuen Generalsekretär. Festzuhalten bleibt der davon noch unberührte, manifeste Glaube in der SED-Führung, unter den Parteimitgliedern und der Bevölkerungsmehrheit des Landes, nie und nimmer gebe Moskau seinen „wichtigsten“ Vorposten, den Osten Deutschlands, aus der Hand.

Im Herbst 1989 galt trotz der sich in der Haltung zur deutschen Frage wandelnden Positionen der KPdSU-Spitze und ihres Generalsekretärs Michail Gorbatschow frei nach Erich Weinert: „Im Kreml brennt noch Licht ...“

Bereits seit Jahresbeginn 1990 mußte jedoch befürchtet werden, daß das Licht bald ausgehen könnte, vor allem weil die inneren Schwierigkeiten des Sowjetimperiums deutlich zugenommen hatten. Nicht nur die Entwicklung in der Sowjetunion, die von den bewaffneten Auseinandersetzungen in Nagorny Karabach und den wachsenden Autonomiebestrebungen in den baltischen Unionsrepubliken, besonders in Litauen, gekennzeichnet war, sondern auch der Zustand und die Perspektive der KPdSU infolge Perestrojka und Glasnost erforderten die volle Aufmerksamkeit und Handlungsfähigkeit Gorbatschows und seiner Mannschaft.

Für die im Dezember 1989 schließlich angetretene völlig neue, durch die alten Querelen mit der KPdSU nicht belastete Führung der SED/PDS war das Vertrauen in die sowjetische Parteispitze zunächst noch nicht erschüttert. Sie erhoffte die Erneuerung des Sozialismus und klammerte sich zugleich an die Hoffnung, Moskau würde dem Bestreben zu einer kapitalistisch, d. h. bundesdeutsch dominierten Vereinigung beider deutscher Staaten entschieden entgegengetreten. Daß der Kreml unter Gorbatschow aufgrund der zugespitzten Lage im Inneren sowie massiver wirtschaftlicher und militärischer Eigeninteressen sein Interesse an einer Weiterexistenz der DDR bald vollständig und endgültig verlieren würde, ahnten Gysi und sein Trupp zu diesem Zeitpunkt nicht.

23 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3229.

24 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 34.

25 Gerd-Rüdiger Stephan: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“, S. 113.

26 Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 233.

## Neue Kader – altes Denken: Von der „Wende“ in der SED bis zum Zerfall der alten Parteistrukturen (November bis Dezember 1989)

Egon Krenz war knapp zwei Wochen nach seiner Wahl zum neuen SED-Generalsekretär in die sowjetische Hauptstadt gereist, um dort am 1. November 1989 mit Michail Gorbatschow zusammenzutreffen. Die wichtigsten Ergebnisse der Krenz-Visite in Moskau, insbesondere die Ergebnisse seines Gesprächs mit dem KPdSU-Generalsekretär, sind bekannt.<sup>27</sup> Dem Politbüro lag auf seiner Sitzung am 7. November 1989 überdies ein zusammenfassender „Bericht über den Arbeitsbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Egon Krenz, vom 31.10. bis 1.11.1989 in der UdSSR“ vor. (*Dokument 1*) Das Gremium bestätigte den Bericht und erbat eine Konzeption zur weiteren Entwicklung der Beziehungen mit der BRD und Westberlin. Bevor jedoch die damit beauftragte ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft sowie das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an die Ausarbeitung gehen konnte, änderte sich das deutsch-deutsche Verhältnis durch die Öffnung der Grenze am 9. November 1989 radikal.

Zwei Tage zuvor hatte DDR-Außenminister Oskar Fischer den sowjetischen Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow, nach einer Politbüro-Sitzung, noch über den Stand der Ausarbeitung des Reisegesetzes sowie der Probleme in der UdSSR mit ausreisewilligen DDR-Bürgern informiert. Fischer schloß seine Information mit den Worten: „Genossen Krenz ist die Meinung von Genossen Gorbatschow sehr wichtig sowohl hinsichtlich des gesamten Problems als auch hinsichtlich der Absichten zum Reisegesetz. Die DDR wäre für Unterstützung dankbar.“<sup>28</sup> Kotschemassow sicherte die sofortige Weiterleitung nach Moskau und eine Rückantwort zu.

In der Erinnerung von Valentin Falin verlief die Meinungsbildung in Moskau in folgenden Schritten: „Der Erste Stellvertretende Außenminister, Anatoli Kowaljow, gab dem Botschafter die telefonische Anweisung, als unsere Antwort auf die gestellte Anfrage mitzuteilen: Das Grenzregime sei die Angelegenheit der DDR. Kotschemassow fand die mündliche Anweisung nicht

ausreichend und forderte angesichts der Wichtigkeit des Problems eine schriftliche Instruktion. Moskau schwieg drei oder vier Tage lang. Dann folgte ein Telegramm. Es bestätigte: Die Grenzregelung ist eine interne Angelegenheit der DDR.“<sup>29</sup> Falin bestätigte, daß es in der Sowjetunion zu dieser Zeit schon einen auf seine Initiative hin geschaffenen Krisenstab bei Gorbatschow gab. Gorbatschows eindeutige Auffassung zur Lage in der DDR nach der Maueröffnung lautete: „Alle Modalitäten können ins Gespräch kommen, außer dem Einsatz unserer Truppen.“<sup>30</sup>

Der 1926 in Leningrad geborene Valentin Falin war innerhalb der sowjetischen Diplomatie bzw. im KPdSU-Apparat einer der tiefsten Kenner der deutschen Verhältnisse. Er leitete verschiedene europäische Abteilungen im sowjetischen Außenministerium, war 1970/71 Partner Egon Bahrs bei den Verhandlungen zum deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsabkommen, agierte bei den informellen Gesprächen über das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 und von 1971 bis 1978 als sowjetischer Botschafter in Bonn. Nach einem „Karrierestück“ wurde er 1986 Direktor der sowjetischen Presseagentur Nowosti und stieg 1988 unter Gorbatschow zum Leiter der Internationalen Abteilung des KPdSU-Zentralkomitees auf.<sup>31</sup>

Die Moskauer Führung hat die Maueröffnung in Berlin nicht entschieden. Gorbatschow entnahm die vollendeten Tatsachen erst am Morgen des 10. November einem Telegramm von SED-Chef Krenz.<sup>32</sup> Die Art und Weise des Zustandekommens der Grenzöffnung am Abend des 9. November<sup>33</sup> beeinflusste das Verhältnis von SED und KPdSU nachhaltig. Parteibeziehungen alten Stils, wie sie die Krenz-Führung noch weiterzuführen gedachte, wurden mehr und mehr obsolet.

Die von ZK-Abteilungsleiter Günter Sieber im Gespräch mit Falin (*Dok. 2*) parallel zum Krenz-Besuch in Moskau am 1. November 1989 übergebenen „Vorschläge des ZK der SED für den Erfahrungsaustausch und für Konsultationen mit der KPdSU“ waren nach der Maueröffnung in wesentlichen Teilen bereits überholt. Sieber hatte einen 17 Punkte umfassenden Katalog an Vorschlägen übergeben, der unter anderem Konsultationen über die „politische und polizeiliche Eingrenzung von Provokateuren“, die „Aufklärung der Absichten und Ziele von antisozialistischen Gruppierungen“ sowie die

27 Die vollständige Niederschrift des Gesprächs vgl. Gerd-Rüdiger Stephan: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“, S. 199 ff.

28 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 226.

29 Valentin Falin: Politische Erinnerungen, München 1993, S. 488 f.

30 Ebenda, S. 489.

31 Vgl. Valentin Falin: Politische Erinnerungen, S. 17 ff.; Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 284 ff.

32 Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“, S. 240 f.

33 Zu den Einzelheiten der Grenzöffnung am 9. November 1989 vgl. Hans-Hermann Hertle: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996; ders.: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, S. 163 ff.



„Gestaltung des Verhältnisses des ZK zu zentralen Medien“ beinhaltete.<sup>34</sup>

Spätestens nach der Maueröffnung befand sich die SED offensichtlich auch nach Auffassung der sowjetischen Führung hoffnungslos in der Defensive. Über die sowjetische Botschaft in Berlin erhielt die Krenz-Führung am 16. November 1989, einen Tag vor der Regierungserklärung von Hans Modrow vor der Volkskammer, eine schriftliche Empfehlung aus Moskau. (Dok. 3) Darin wurde Krenz aufgefordert, sich in einer Fernsehrede „an alle Bürger der Republik“ zu wenden und „zweckmäßigerweise vor allem auf den humanitären Charakter der Entscheidung der Führung der SED zur Öffnung der Grenze“ hinzuweisen. In diesem Non-Paper wurde der Fall der Mauer – „noch vor einem halben Jahr undenkbar“ – als kühne und bedeutende Aktion gewürdigt, die beweise, „daß die Parteiführung die Lage im Lande nicht nur klar erkennt und präzise einschätzt, sondern auch entschlossen ist, zur Überwindung der sich abzeichnenden Entfremdung zwischen dem einzelnen und dem Staat beizutragen. Diese Aktion ist vom Geist des Humanismus und der Achtung der Menschenrechte durchdrungen. Sie wird zweifellos zur Stärkung des internationalen Ansehens der DDR beitragen.“<sup>35</sup>

Die von Moskau vorgeschlagene Fernsehrede ist von Krenz jedoch niemals gehalten worden. Die sowjetischen Überlegungen konnten nicht einmal mehr in die Regierungserklärung des neugewählten Ministerpräsidenten Hans Modrow am 17. November 1989 vor der Volkskammer einfließen.

In der Frage des deutsch-deutschen Verhältnisses bekräftigte die sowjetische Führung übrigens ihre Auffassung, „daß die Versuche, die Wiedervereinigung Deutschlands als Frage der aktuellen Politik auf die Tagesordnung zu setzen und die Existenz des souveränen sozialistischen Staates DDR zu negieren, nicht nur die Interessen der Bürger der beiden deutschen Staaten berühren, sondern auch die äußerst sensiblen Sicherheitsinteressen des europäischen Kontinents insgesamt“.<sup>36</sup>

Der sowjetische Vorschlag orientierte sich noch an den bisherigen, tradierten Formen der Parteibeziehungen, in denen stets aus Moskau über unterschiedliche Kanäle Anweisungen zum Handeln der SED-Spitze übermittelt wurden. In diese Kanäle war immer auch die sowjetische Botschaft in Berlin einbezogen und spielte damit eine wesentliche Rolle. Demgegenüber

war der Einfluß der Moskauer DDR-Botschaft eher von untergeordneter Bedeutung.<sup>37</sup>

Das Non-Paper, dessen Inhalt die Interessenlage der Sowjetunion ebenso verdeutlicht wie ihr außenpolitisches Dilemma – Moskau wollte, wie Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin (West), Walter Momper, erklärte, die DDR „kein zweites Mal besetzen“ –, dürfte eines der letzten Zeugnisse der klassischen Einflußnahme der sowjetischen Führung auf die SED-Spitze sein. Wie wenig jedoch die KPdSU selbst die Geschwindigkeit der Entwicklung in der DDR einzuschätzen in der Lage war, zeigte sich am Festhalten an alten Strukturen, auch als diese nicht mehr funktionierten. Selbst nach der Tilgung des Führungsanspruchs der Partei im Artikel 1 der Verfassung der DDR am 1. Dezember 1989 und dem geschlossenen Rücktritt von Politbüro und ZK der SED am 3. Dezember wurde die Teilnahme von Egon Krenz als Staatsratsvorsitzender an der Reise von Hans Modrow nach Moskau am 4. Dezember zum Zeitpunkt des Abfluges in Berlin noch akzeptiert, in Moskau aber als völlig überflüssig betrachtet.<sup>38</sup> Der politische Einfluß von Krenz war inzwischen auf Null gesunken. Am 6. Dezember trat er auch als DDR-Staatsratsvorsitzender zurück.

Unmittelbar nach dem dramatischen Rücktritt der Übergangs-SED-Führung unter Generalsekretär Krenz konstituierte sich ein zeitweiliger Arbeitsausschuß als vorläufiges höchstes Führungs- und Rettungsorgan der Partei, der seine wichtigste Aufgabe in der Vorbereitung des für den 15. bis 17. Dezember einberufenen Sonderparteitages sah. Der Arbeitsausschuß, er wurde vom neugewählten 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt, Herbert Kroker, geleitet, bediente sich noch teilweise der Strukturen des alten Parteiapparates. Die internationalen Beziehungen wurden während der Zeit des Arbeitsausschusses und danach vom früheren Sekretär des FDJ-Zentralrates, Hans-Joachim Willerding, koordiniert. Er verantwortete bis November 1989 die Westkontakte der FDJ und gelangte erst auf dem 10. ZK-Plenum kurzfristig in die Parteiführung. Fehlende Erfahrungen wurden durch die Zusammenarbeit mit langjährigen Funktionären wie Bruno Mahlow, stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung für Internationale Beziehungen, kompensiert.

Zur Vorbereitung des Sonderparteitages wandte sich der Arbeitsausschuß an Parteimitglieder bzw. nahestehende

34 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3255.

35 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2039/314.

36 Ebenda.

37 Vgl. Egon Winkelmann: Moskau, das war's, S. 121 ff.

38 Vgl. zu den Ereignissen am 3. Dezember 1989 die Dokumentation der vollständigen Tonbandmitschnitte der 12. Tagung des SED-Zentralkomitees, in: Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997, S. 461 ff.

hende Wissenschaftler mit der Bitte um Unterstützung bei der Ausarbeitung wichtiger Dokumente. So legte der Berliner Völkerrechtler Bernhard Graefrath am 6. Dezember 1989 ein Thesenpapier „Zur deutschen Frage“ vor, in dem er den Ernst der Situation so zusammenfaßte: „Im Grunde stellt sich für uns die deutsche Frage als Frage nach der Zukunft der DDR.“<sup>39</sup> In dem Material, das an Gregor Gysi in Vorbereitung seiner Parteitage weiterleitet wurde, spielt die Sowjetunion jedoch überhaupt keine Rolle!

Unterdessen war der Termin des Beginns des Sonderparteitages auf den 8. Dezember 1989 vorverlegt worden. Dies wurde erforderlich, weil aus der Sicht des Arbeitsausschusses die Lage im Lande immer unübersichtlicher wurde. Ausschußvorsitzender Herbert Kroker hatte sogar den am 4. und 5. Dezember 1989 in Moskau weilenden Ministerpräsidenten Hans Modrow telefonisch ersucht, schnellstens nach Berlin zurückzukehren, weil jede Autorität im Lande verlorengegangen sei.

Am Abend des 8. Dezember begann der Sonderparteitag mit Reden von Gregor Gysi und Hans Modrow sowie der Wahl eines neuen Parteivorstandes. Zu außenpolitischen Fragen und zum Verhältnis zur Sowjetunion äußerte sich erst im Verlaufe der zweiten Beratungsrunde des Sonderparteitages am 16./17. Dezember der DDR-Botschafter in der Sowjetunion, Gerd König. (Dok. 15)

König forderte, das „Bündnis mit der UdSSR zu einer neuen Qualität zu führen“, und ergänzte: „Wir können unsere neue Europapolitik und unsere neuen Beziehungen zur BRD nur auf der Grundlage des engen Bündnisses mit der UdSSR verwirklichen. Die Zusammenarbeit mit der UdSSR ist und bleibt für die DDR eine Existenzfrage.“ Das Verhältnis der SED/PDS zur KPdSU sei dadurch belastet, „daß die Ablehnung der Perestroika durch die ehemalige Parteiführung nicht ohne Rückwirkungen auf unser Verhältnis zur KPdSU und zur Sowjetunion geblieben ist“. König forderte eine realistische Einschätzung „unserer gemeinsamen Interessen und Möglichkeiten“ und verwies darauf, daß „die Perestroika gerade gegenwärtig eine außerordentlich komplizierte Phase durchläuft“, die insbesondere durch das „Ausbleiben spürbarer ökonomischer Ergebnisse“ gekennzeichnet sei.<sup>40</sup>

Die neue SED/PDS-Führung hatte sich zum Ziel gesetzt, die Partei von den stalinistischen Strukturen zu befreien. Der Historiker Michael Schumann hatte auf dem Parteitag als wichtigste Aufgabe formuliert:

„Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.“ Honecker und seine Umgebung seien auf Gegenkurs zu Perestroika und Glasnost gegangen und begründeten die Losung vom „Sozialismus in den Farben der DDR“. Heute müsse man, so Schumann, diese Zeit als „Stalinismus in den Farben der DDR“ bezeichnen.<sup>41</sup> Die angestrebte Entwicklung zu einer modernen sozialistischen Partei erschien manchem schon als eine Aufgabe, die mindestens das nächste Jahrzehnt dauern könnte. Das hätte, obwohl die eindeutige Priorität, gemessen an den Aussagen der Parteireformer auf den beiden Sitzungen des Sonderparteitages im Dezember 1989, bei der Reform der Partei und ihrer Politik im Lande liegen sollte, auch die internationalen Beziehungen betreffen müssen. Dabei war zu erkennen, daß eine der elementaren Grundfesten der bisherigen Struktur, die „unverbrüchliche Freundschaft“ zur Sowjetunion und zu den sowjetischen Kommunisten, nicht zur Disposition gestellt werden sollte. Gleichzeitig war beabsichtigt, die in der DDR vor 1985 häufig zu lesende Propaganda-Losung „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ zu revitalisieren und die Erfahrungen der KPdSU mit Perestroika und Glasnost aufzugreifen, obwohl man sich unter den führenden Reformern darüber klar war, daß die sowjetische Führung im Konfliktfall inzwischen stärker ihren eigenen Interessen als denen der DDR Rechnung tragen würde.

Dennoch versuchte der neue PDS-Vorstand mit Gregor Gysi und Hans Modrow im Jahr 1990 den Spagat zwischen Erhalt der Partei bei Erneuerung der Parteiorganisation und gleichzeitiger politischer Neuorientierung. Ins Kalkül dieser Überlegungen war auch ein verändertes Verhältnis zur KPdSU eingebunden. Über die inhaltliche und formale Neugestaltung der Parteibeziehungen zwischen der sich wandelnden SED und der KPdSU hatte jedoch das Präsidium des vom Sonderparteitag gewählten Vorstandes noch keine klaren Vorstellungen. Das wurde nicht zuletzt durch die Tatsache beeinflusst, daß im Apparat der PDS eine gewisse personelle Kontinuität zur SED herrschte, weil das Reformprojekt PDS nicht konsequent in die Reform der Parteibürokratie verlängert wurde, und sich die Fähigkeit zu einer kritischen Analyse der Parteibeziehungen und der daraus resultierenden Möglichkeiten für die PDS erst zögerlich entwickelte.

Unmittelbar nach Beendigung des ersten Teils des Sonderparteitages telefonierte der neu gewählte Parteivorsitzende Gregor Gysi am Abend des 10. Dezember 1989 mit KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow.

39 PDS-Archiv. Den Artikel von Bernhard Graefrath „Eine geeignete Alternative“ vgl. ND, 16./17. Dezember 1989.

40 Alle Zitate von Gerd König vgl. PDS-Archiv.

41 Alle Zitate von Michael Schumann, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Materialien, Berlin 1990, S. 41 ff.

(Dok. 9) Dabei versicherte Gorbatschow, die „UdSSR werde ihre Möglichkeiten zur Unterstützung der DDR unter Beachtung der konkreten Rahmenbedingungen, unter denen sich das Land entwickelt, nutzen“. Zugleich hob der sowjetische Generalsekretär hervor, daß in den Parteitagreden von Modrow und Gysi deren Verbundenheit mit dem Sozialismus, der Freundschaft zur Sowjetunion sowie dem „Kampf um Erhalt der Eigenstaatlichkeit der DDR“ enthalten waren. Gysi informierte Gorbatschow über die komplizierte Lage, in der sich die SED befand, und ging davon aus, daß es zu einem Treffen beider Parteichefs in absehbarer Zeit kommen würde.

Gegenüber dem nach Berlin entsandten ZK-Sekretär der KPdSU Alexander Jakowlew vertraten Gregor Gysi, Wolfgang Berghofer und Hans-Joachim Willerding am 14. Dezember 1989 die Ansicht, daß sich „die Partei wirklich erneuern und demokratisieren wolle und zugleich mit ehrlichem Herzen für die weitere Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion eintrete“. (Dok. 14) Gysi hob hervor, „daß fast alle Genossen des Parteivorstandes für die Führung der KPdSU unbekannte Größen“ seien, weshalb zunächst eine gewisse Zurückhaltung durchaus verständlich gewesen wäre. Zu Gorbatschow wolle er „mit einer sehr kleinen Delegation“ reisen, „um intensive Gespräche führen zu können. Die Begegnung werde auch für die Außenwelt sehr wichtig sein, da sie der BRD, den USA, Frankreich, Großbritannien und anderen Ländern signalisieren werde, daß der entscheidende Partner für die KPdSU in der DDR weiterhin die SED bleibt.“<sup>42</sup> Am gleichen Tage telefonierte Gysi zum zweiten Mal mit Gorbatschow und äußerte sich gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär besorgt „über die Zunahme von Gedanken zur deutschen Wiedervereinigung“. (Dok. 13) Er befürchtete, daß „während des bevorstehenden Besuches von Bundeskanzler Helmut Kohl gerade jene auf die Straße gingen, die für die Wiedervereinigung einstehen“. Die von Krenz gegenüber Kohl ausgesprochene Einladung nannte Gysi „unverständlich“. Gorbatschow empfahl jedoch, den Kanzlerbesuch in der DDR, der nun für den 19. Dezember in Dresden geplant war, zu akzeptieren und erläuterte die sowjetische Position: „Die jüngsten Aktionen der Bundesregierung der BRD zielten darauf, den Vereinigungsprozeß voranzutreiben. Dies sei sehr gefährlich. Der Standpunkt der Sowjetunion

sei auch der Regierung der BRD kürzlich sehr deutlich klargemacht worden.“ Die Haltung des Kreml „sei seit langem unverändert. Er stelle sich die Frage, wieso die Bundesregierung dieser sowjetischen Position früher zugestimmt habe und sich jetzt von ihr zurückziehe. Natürlich müsse man nach seiner Auffassung, ausgehend von der jetzigen Situation, bestimmte Korrekturen am weiteren Vorgehen anbringen. Dies ändere jedoch nichts an der Grundorientierung der gesamten Entwicklung.“<sup>43</sup>

Gorbatschow beendete das Telefonat mit Gysi am 14. Dezember 1989 mit der Floskel, „die SED könne davon ausgehen, daß die KPdSU und das Volk der Sowjetunion sehr am Erfolg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands interessiert sei“. Das von Gysi und Gorbatschow für Dezember 1989 vereinbarte Treffen kam erst am 2. Februar 1990 zustande.<sup>44</sup> Die in der zweiten Dezemberhälfte sowie besonders im Januar 1990 in ihrer Existenz bedrohte Partei machte die Anwesenheit des PDS-Vorsitzenden in der DDR dringend erforderlich.

Daß man in Moskau zu dieser Zeit bereits, wie Falin später schrieb, im Beraterkreis des Generalsekretärs dafür plädierte, „die DDR ihrem Schicksal (zu) überlassen und (sich) damit abzufinden, daß das Vereinigte Deutschland der NATO beitrifft“,<sup>45</sup> war in der SED/PDS nicht bekannt. Es ist auch nicht sicher, ob sich die von Falin zitierten Äußerungen exakt auf diesen Zeitraum beziehen. Wahrscheinlicher bleibt, daß man diese Position erst auf einer Strategieberatung am 26. Januar 1990 im Kreml unter Gorbatschows Leitung markierte.<sup>46</sup>

Gorbatschow zufolge steckten er und die Spitzenfunktionäre Ryshkow, Schewardnadse, Jakowlew, Krjutschkow, Falin, Achromejew, Schachnasarow und Tschernajew auf dieser Beratung den sowjetischen „Kurs für die nächste Zeit“ ab und gelangten zu der Einsicht, daß „die Wiedervereinigung Deutschlands unvermeidbar sei“. Die Sowjetunion solle die Initiative zu einer Konferenz der vier Siegermächte sowie der beiden deutschen Staaten übernehmen. Die Verbindung zur DDR-Führung werde aufrechterhalten und die sowjetische Politik in der deutschen Frage „enger mit Paris und London koordiniert“. Gorbatschows Militärberater, Marschall Sergej Achromejew, erhielt bereits den Auftrag, die Frage des Abzugs der

42 PDS-Archiv.

43 Ebenda

44 Vgl. auch Gero Neugebauer/Gerd-Rüdiger Stephan: „Eure Sorgen sind auch unsere Sorgen.“ Das Treffen von Gregor Gysi und Michail Gorbatschow am 2. Februar 1990 in Moskau, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, Berlin 1997, S. 233 ff.

45 Valentin Falin: Politische Erinnerungen, S. 489.

46 Vgl. Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 714 f.; Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 413 f. – Den Verlauf der Beratung bestätigten Julij Kwizinskij, Georgi Schachnasarow und Anatoli Tschernajew.

sowjetischen Truppen aus der DDR zu prüfen.<sup>47</sup> Mit den Entscheidungen der sowjetischen Führung Ende Januar 1990 hatte sich die strategische Bewertung der deutschen Frage durch den Kreml endgültig und entscheidend verändert.

### **Strategische Neuorientierung: Von der Existenzkrise der SED/PDS bis zur Akzeptanz der deutschen Einheit (Januar bis Februar 1990)**

Noch unbeeindruckt von möglichen negativen Perspektiven legte die Kommission Internationale Politik der PDS Anfang Januar 1990 dem Präsidium ein Papier vor, in dem die künftigen Grundlagen der Parteibeziehungen zur KPdSU beschrieben wurden. (*Dok. 17*) Doch wenige Wochen nach dem Sonderparteitag befand sich die SED/PDS erneut in einer existentiellen Krise. Nach dem geschlossenen Austritt des gerade erst neugewählten stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Berghofer und weiterer 40 Parteimitglieder, darunter des gesamten Bezirksvorstandes Dresden, am 21. Januar 1990, spitzte sich die Frage nach Auflösung der Partei extrem zu. Nach mehreren Krisensitzungen und angesichts der am 28. Januar 1990 vom Ministerrat mit dem Zentralen Runden Tisch beschlossenen Vorverlegung der Wahlen in der DDR auf den 18. März 1990 gelang es der Führung, eine Auflösung der Partei abzuwenden. Am 4. Februar 1990 bestätigte der Vorstand die Umbenennung in PDS. Ein PDS-Wahlparteitag am 24./25. Februar 1990 nominierte Gregor Gysi und Hans Modrow als Spitzenkandidaten und sprach sich zugleich gegen die „Vereinnahmung“ der DDR durch die BRD aus. 16,4 Prozent der Wähler stimmten am 18. März 1990 für die PDS, die damit als drittstärkste Fraktion in die Volkskammer einzog. Die konservative „Allianz für Deutschland“, gebildet aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch, verfehlte mit einem Stimmenanteil von 48 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit. Mit der Volkskammerwahl bestätigte die DDR-Bevölkerung ihren Willen zur staatlichen Einheit Deutschlands.

In der Zwischenzeit waren bereits wichtige Weichenstellungen auf dem internationalen Parkett und im deutsch-deutschen Beziehungsgefüge erfolgt. Allein die Kenntnis der Positionen der Alliierten (*Dok. 18*) konnte der DDR-Regierung kaum Hoffnung auf die länger-

fristige Bewahrung eines souveränen Landes verschaffen. Dem wurde sich Ministerpräsident Hans Modrow bei seiner Reise am 30. Januar 1990 nach Moskau bewußt. Modrow fuhr ohne Begleitung aus der SED/PDS, verzichtete aber nicht darauf, die Situation der SED/PDS zu reflektieren. Das mehrstündige Gespräch mit KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow fand nach der bereits erwähnten deutschlandpolitischen Grundsatzenscheidung der sowjetischen Führung statt.<sup>48</sup> In seinen Erinnerungen äußerte der sowjetische Parteichef, daß Modrows Einschätzung, die DDR-Bevölkerung akzeptiere die Existenz zweier deutscher Staaten mehrheitlich nicht mehr, auch seiner Auffassung entsprochen hätte.<sup>49</sup> Nach dieser Unterredung präsentierte Modrow – ohne vorherige Beratung im SED/PDS-Parteivorstand – am 1. Februar 1990 in Berlin seinen Plan „Für Deutschland, einig Vaterland – Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland“.<sup>50</sup>

Als die beiden deutschen Regierungschefs Hans Modrow und Helmut Kohl am 3. Februar 1990 am Rande des traditionellen Weltwirtschaftsforums in Davos zusammentrafen, war ihr Gesprächsklima noch relativ harmonisch. Kohl wußte noch nicht, was Modrow mit Gorbatschow vier Tage zuvor in Moskau besprochen hatte.

Im Hotel Belvedere erläuterte der DDR-Ministerpräsident Bundeskanzler Kohl, daß seine Initiative „Deutschland, einig Vaterland“ nicht Moskaus Idee gewesen sei. Kohl seinerseits informierte Modrow über seinen bevorstehenden Besuch in Moskau und bemerkte, daß die Sowjetunion enorme Probleme habe. Die Bundesrepublik würde auf die Sowjetunion zugehen, ließ der Kanzler seinen Gesprächspartner wissen und deutete damit an, daß man in Bonn bereit war, finanzielle Unterstützung zu leisten. Für das aktuelle deutsch-deutsche Verhältnis erbrachte die Begegnung in Davos keine praktischen Resultate.<sup>51</sup>

Das sollte sich jedoch rasch ändern. Am 10. Februar 1990 reiste der Bundeskanzler in Begleitung seines Außenministers Hans-Dietrich Genscher in die sowjetische Hauptstadt. Bei ihren Gesprächen mit Gorbatschow erhielten sie nunmehr die sowjetische Zusage, daß die UdSSR die Entscheidung der Deutschen, künftig in einem Staat leben zu wollen, respektieren werde. Dies hatte erheblichen Einfluß auf die frostige Atmosphäre des ergebnislosen deutsch-deutschen Gipfels am 13. und 14. Februar 1990 in Bonn. Binnen drei

47 Vgl. ebenda, S. 714.

48 Vgl. die Niederschrift des Gesprächs von Modrow und Gorbatschow am 30. Januar 1990, in: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 288 ff. Außerdem vgl. Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, S. 413 ff.

49 Vgl. Michail Gorbatschow: Erinnerungen, S. 714.

50 Vgl. ND, 2. Februar 1990.

51 Vgl. Karl-Heinz Arnold/Hans Modrow: Von Dresden über Davos nach Bonn. Drei deutsch-deutsche Begegnungen und ihr politisches Umfeld, in: Detlef Nakath (Hrsg.): Deutschlandpolitiker der DDR erinnern sich, Berlin 1995, S. 54 f.

Wochen – zwischen dem 26. Januar und dem 14. Februar 1990 – waren die Würfel gefallen: Die Sowjetunion stellte sich einer deutschen Wiedervereinigung nicht mehr in den Weg. Im Gegenzug unterstützte die Bundesrepublik die sowjetische Wirtschaft in erheblichen finanziellen Größenordnungen. Die Souveränität der auf den Weg mühseliger Reformen eingeschwenkten DDR war damit beendet, noch ehe sie so richtig begonnen hatte. Machtpolitisches Kalkül hatte sich an der Moskwa durchgesetzt.

In diesem Spannungsfeld fand die erste Begegnung zwischen Gregor Gysi und Michail Gorbatschow am 2. Februar 1990 im Moskauer Kreml statt. Der sowjetische Parteichef schrieb fünf Jahre nach dem Ende der SED in seinen Erinnerungen: „Auf einem außerordentlichen Parteitag benannte sie sich in die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) um, verabschiedete ein neues, politisches Programm und wählte einen neuen Vorstand, mit Rechtsanwalt Gregor Gysi an der Spitze. Kurze Zeit später traf ich mich mit der neuen Führung. Es war sofort spürbar: Hier sprachen Persönlichkeiten, wie man sie bisher in Ostberlin nicht kennengelernt hatte, intelligent, unvoreingenommen, selbständig, originell im Denken und im Handeln. Freilich kamen sie zu spät. Für einen neuen Anlauf blieb ihnen keine Zeit mehr. Ihre politischen Opponenten im Westen waren unvergleichlich erfahrener und geschickter.“<sup>52</sup>

Eine Vorlage für das Präsidium des Parteivorstandes vom 5. Februar 1990 resümierte die Reise des PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi nach Moskau. Sie entstand in der Kommission Internationale Politik. (*Dok. 21*) Beigefügt wurde die Niederschrift des Gesprächs zwischen Michail Gorbatschow und Gregor Gysi. (*Dok. 19*)<sup>53</sup> Das PDS-Präsidium nahm am 8. Februar 1990 den kurzen Bericht mit den umfangreicheren Anlagen zur Kenntnis und beschloß, „die Zusammenarbeit zwischen der PDS und der KPdSU auf eine völlig neue Stufe zu heben und wesentlich zu intensivieren“.<sup>54</sup> Außerdem sollten umfangreiche Kontakte zwischen Funktionären und Mitgliedern beider Parteien hergestellt werden.<sup>55</sup>

Um den Bericht aus dem Februar 1990 einschätzen zu können, soll die Situation reflektiert werden,

wie sie sich für die SED/PDS und die DDR zum Zeitpunkt des Besuchs von Gregor Gysi in Moskau darstellte. Ende Januar 1990 beabsichtigte Gysi, der bis dahin noch niemals mit Gorbatschow zusammengetroffen war, allerdings im Dezember 1989 zweimal mit ihm telefoniert hatte, in die USA zu reisen, änderte aber seine Pläne im Zusammenhang mit der Visite von DDR-Ministerpräsident Modrow in Moskau.<sup>56</sup> Offensichtlich wollte Modrow, der schon bei seinem vorangegangenen Besuch in Moskau Anfang Dezember 1989 den von der politischen Bühne bereits abgetretenen Egon Krenz nur widerwillig in der DDR-Delegation akzeptiert hatte, nicht den Eindruck „alter“ Verhältnisse aufkommen lassen, nämlich nur für den Begleiter des neuen Parteichefs gehalten zu werden. Gysi nahm Rücksicht und fuhr erst nach Modrows Rückkehr in die sowjetische Hauptstadt.

Gregor Gysi, im Dezember 1989 spektakulär an die Spitze der SED/PDS aufgestiegen,<sup>57</sup> verhielt sich in manchem wie ein traditioneller Parteiführer. So akzeptierte er nicht nur die Hierarchie im System des proletarischen Internationalismus, sondern interpretierte bestimmte Ereignisse in den hergebrachten Kategorien. Nicht nur an seiner Einschätzung der „Arbeiterklasse“, sondern auch an der Beurteilung der SPD, vor allem aber an der Charakterisierung der Probleme der PDS, die er in den Gesprächen in Moskau ausschließlich auf externe Bedingungen zurückführte, wurde seine Verankerung in traditionellen Denkstrukturen der SED sichtbar. Bei der Beurteilung internationaler Probleme, besonders der vorauseilenden Beurteilung und Anerkennung sowjetischer Interessen, zeigte sich, daß zu diesem Zeitpunkt weder die praktische Abkehr von alten Führungsprinzipien noch von alten Denkschablonen bereits vollzogen waren.

Das galt gleichfalls für die Bewertung der KPdSU und insbesondere der Rolle ihres Generalsekretärs Michail Gorbatschow. Einerseits entstand der Eindruck, hier sollten die alten Prinzipien des proletarischen Internationalismus revitalisiert und erweitert werden, denn Gysi wollte die Zusammenarbeit mit der KPdSU nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaft-

52 Michail Gorbatschow: Erinnerungen, S. 937.

53 Vgl. PDS-Archiv. Gregor Gysi erklärte inzwischen dazu, das dokumentierte Gespräch sei „sehr viel umfangreicher“ und „in einem anderen Kontext gelaufen“, als es die Aufzeichnung suggerieren würde. Vgl. Der Spiegel, Nr. 51, 15. Dezember 1997, S. 17.

54 Ebenda.

55 Gleichzeitig sah sich die PDS genötigt, die Zahl der Kursteilnehmer an der Parteihochschule in Moskau aus finanziellen Gründen erheblich zu reduzieren.

56 Vgl. die DDR-Mitschrift des Gesprächs zwischen Gorbatschow und Modrow am 30. Januar 1990, in: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 288 ff.

57 Gysi, der 1988 Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte in Berlin geworden war, trat erstmals anlässlich der Berliner Großdemonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 an die Öffentlichkeit. Am 3. Dezember wurde er als Mitglied des vorläufigen SED-Arbeitsausschusses Leiter der parteiinternen Untersuchungskommission für Amtsmissbrauch und Korruption. Am 9. Dezember erfolgte auf dem Sonderparteitag seine Wahl zum Vorsitzenden der SED/PDS.

lichen Bereich fortführen.<sup>58</sup> Andererseits wurde deutlich, daß Gysi auf Gorbatschow als Wahlkampfshelfer sowie als Vertreter und Kommunikator der Interessen der SED/PDS setzte. Dies betraf sowohl Fragen, die im Zusammenhang mit der künftigen deutschen Einheit standen, als auch das Verhältnis zur westdeutschen SPD. Letzteres schien ihm wohl deshalb so wichtig, weil seit Januar 1990 in der SPD zwar von der Perspektive der deutschen Einheit ausgegangen wurde, aber bis dahin keine Entscheidungen über die Modalitäten (Einbettung in den KSZE-Prozeß, Friedensvertrag), die Berücksichtigung bestehender vertraglicher Verpflichtungen (Zugehörigkeit der beiden deutschen Staaten zur NATO bzw. zum Warschauer Pakt, Fortbestand alliierter Rechte) sowie über Zeitabläufe getroffen worden waren. Daß der SED/PDS-Vorsitzende unter diesen Umständen eine politisch handlungsfähige und ihren Einfluß durchsetzende Sowjetunion mit ihrem politischen Führer Gorbatschow als notwendige Unterstützung für sich und die PDS betrachtete, demonstrierte seine Besorgnis um den Bestand von KPdSU und Sowjetunion. Diesem ordnete er in der genannten Unterredung mit Gorbatschow auch das Recht der Balten auf nationale Selbstbestimmung kurzerhand unter.

Gysis Position gegenüber Gorbatschow war aus innenpolitischen Gründen eher schwach, denn zu diesem Zeitpunkt waren die Signale sowohl in der SED/PDS als auch in der DDR eher auf Instabilität und Streit denn auf Stabilität und Konsens gestellt. Zwar galten der Fortbestand der SED/PDS nach dem 3. Dezember 1989 – Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee der SED sowie Einsetzung des Arbeitsausschusses – und dem 20. Januar 1990 – Entscheidung des Parteivorstandes gegen die Forderung verschiedener Plattformen nach Auflösung der SED/PDS – als leidlich gesichert, doch Zustand und quantitative Mitgliederentwicklung der Partei verschlechterten sich weiterhin.

Einige bisher engagierte Reformkräfte waren aus der Partei ausgetreten, weil sie statt einer radikalen Erneuerung restaurative Tendenzen wahrzunehmen glaubten. Arbeiter, sofern sie dies tatsächlich und nicht nur in der schöngerechneten Parteistatistik waren, hatten, wie Gysi zutreffend bemerkte, die SED/PDS schon im Dezember 1989 und im Januar 1990 in Scharen verlassen. Ihnen folgten neben einer großen Zahl von Staats- und Wirtschaftsfunktionären auch viele Angehörige der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei. Niemand konnte genau sagen, ob die SED/PDS im Januar 1990

noch 1,2 Millionen oder nur 890 000 Mitglieder hatte. Ende Februar zählten lediglich noch 339 000 Mitglieder ihre Beiträge.

Zudem war die Politikfähigkeit der SED/PDS stark beeinträchtigt. Sie trat zwar noch als die nominell stärkste Regierungspartei auf, war jedoch lediglich durch die alten „vordemokratischen“ Regeln legitimiert, von denen die wichtigste – die in der Verfassung der DDR verankerte Führungsrolle der kommunistischen Partei – bereits am 1. Dezember 1989 durch die Volkskammer gestrichen worden war. Ende Dezember 1989 hatte das Parteipräsidium die SED-Parteiorganisation im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit, inzwischen „Amt für Nationale Sicherheit“, und im Januar 1990 die in der Nationalen Volksarmee aufgelöst sowie – gegen erhebliche Widerstände – die nach dem Produktionsprinzip organisierten Grundorganisationen in den Betrieben, Verwaltungen und anderen Einrichtungen zugunsten von Wohngebietsorganisationen abgeschafft. Damit, und vor allem nach dem Beginn der Abwicklung des „Amtes für Nationale Sicherheit“ Mitte Januar 1990, waren die wichtigsten Machtstrukturen der ehemaligen SED aufgelöst; lediglich informell bestanden manche fort. Der Übergang zu Basisorganisationen in den Wohngebieten führte zu weiteren beträchtlichen Mitglieder- und Strukturverlusten: Von mehr als 80 000 Grundorganisationen bzw. Abteilungsparteiorganisationen blieben im Mai 1990 nur noch ca. 16 000 Basisorganisationen übrig.

Ministerpräsident Hans Modrow hatte sich – wie geschildert – Ende Januar 1990 dazu durchgerungen, die Idee von einer dauerhaften Bewahrung einer souveränen DDR aufzugeben, womit er in breiten Teilen seiner Partei auf Ablehnung und Widerstand stieß.<sup>59</sup> Die fortschreitende Etablierung von Runden Tischen, die anstehende Beteiligung der politischen Opposition an der Regierung sowie die Ankündigung Modrows, von den bisherigen Prinzipien der Kommandowirtschaft abzuweichen und die Wende zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft voranzutreiben, bewirkten unter der Bevölkerung eine Abkehr von bisherigen – und in der SED/PDS noch favorisierten – Politikkonzepten. Überdies zeichneten sich durch die beabsichtigten Gesetzesvorhaben zur Demokratisierung des politischen Systems (Parteien- und Wahlgesetz) und durch die sich verstärkenden Interessen westdeutscher politischer Akteure an ostdeutschen Partnern – am deutlichsten zu diesem Zeitpunkt bei der Sozialdemo-

58 So hieß es im Vermerk über das Treffen von Gysi mit Jakowlew: „Ferner bekundete Gen[osse] Gysi die Absicht unserer Partei, mit der KPdSU gemeinsame Betriebe zu gründen. Die PDS werde zunächst 2 bis 3 Vorschläge für Pilotprojekte unterbreiten, wobei westliche Betriebe einbezogen werden könnten. Auf diese Weise könnte auch der DKP und der SEW konkrete Unterstützung geleistet werden.“ (PDS-Archiv). Vgl. Dok. 20.

59 Vgl. Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, S. 416.

kratie – nicht nur Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen, sondern zudem des Parteiensystems sowie der Wettbewerbsbedingungen der SED/PDS ab.

Die im Gespräch am 2. Februar von Gorbatschow vorgetragene Auffassung zeigte, daß dieser mangels eines vorliegenden Angebots – Bundeskanzler Kohl kam schließlich erst am 10. Februar 1990 zu den Gesprächen mit der sowjetischen Führung nach Moskau – offenbar noch keine endgültige Interessenabwägung zwischen den möglichen deutschlandpolitischen Optionen vorgenommen hatte. So fiel es ihm nicht schwer, Gysi zu versichern: „Eure Sorgen sind auch unsere Sorgen“; dies blieb ohne praktische Konsequenzen. Weder kam er zum PDS-Wahlparteitag Ende Februar 1990, noch schickte er in der früher üblichen Form eine persönliche Grußbotschaft.

Vor den Parteitag delegierten schätzte sich Gysi dann erheblich: „In dem Gespräch mit Michail Gorbatschow Anfang des Monats in Moskau haben wir Übereinstimmung erreicht, unsere Zusammenarbeit unter den neuen, für beide Parteien komplizierten Bedingungen auf allen Ebenen so eng wie möglich zu gestalten. Es hat sich ein neues Klima herausgebildet, das von Wärme, Ehrlichkeit und gegenseitigem Verständnis geprägt ist. Die Irritationen der Vergangenheit wurden beseitigt. Die sowjetischen Genossen haben ihre Unterstützung des Standpunktes unserer Partei zur Lösung der deutschen Frage bekundet.“<sup>60</sup>

Die faktische Zusage Gorbatschows gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl am 10. Februar 1990, die deutsche Einheit unter Berücksichtigung der Interessen der Sowjetunion herbeizuführen und der damit verknüpfte Verzicht auf eine mögliche sowjetische Vetoposition gegen die Einheit, wertete nicht nur Kohl gegenüber den westlichen Alliierten auf, sondern stellte gleichsam auch die Zurücknahme der von Gysi vorgetragene Hoffnungen auf die Unterstützung der Positionen der PDS bezüglich der deutschen Einheit dar. Offen bleibt, worauf Gysi abzielte, als er am 2. Februar 1990 abschließend gegenüber Gorbatschow bemerkte, er wisse nicht, „wie diese Entwicklung enden werde“, gleichgültig ob er damit die SED/PDS oder die DDR meinte.

Die Parteibeziehungen sollten dennoch ausgebaut und entwickelt werden, jedenfalls war das die Absicht der PDS (*Dok. 22 und 23*), obwohl unter der Einheitsperspektive wichtige Bedingungen dafür, in erster Linie die Koppelung von Partei- und Staatsstrukturen, wegfielen.

### **Zeiten des Übergangs: Von der DDR-Volkskammerwahl bis zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (März bis Juni 1990)**

Für die PDS, die sich nach Gysis Rückkehr aus Moskau durch einen vom Parteipräsidium bereits vor der Reise formulierten und am 4. Februar 1990 beschlossenen Antrag vom Kürzel „SED“ endgültig getrennt hatte, beschleunigte sich der Prozeß der Anpassung an die neuen Bedingungen der Parteienkonkurrenz und des politischen Wettbewerbs. Dessen erste Etappe, bis zur Volkskammerwahl im März 1990, schloß sie trotz fortschreitenden Mitglieder- und Vertrauensverlustes mit einem angesichts ihrer Situation bemerkenswerten Ergebnis ab. Sie errang 66 von 400 Mandaten in der Volkskammer.

Damit fand sich die PDS freilich in der Opposition wieder – und an ihrer Seite auch die SPD, die bei der Wahl mit einigem Abstand zur „Allianz für Deutschland“ nur den zweiten und nicht den lange Zeit erhofften ersten Platz belegen konnte. Erwartungen innerhalb der PDS, eine Art „Linkscoalition“ herstellen zu können, wurden von der SPD, die nach der Wahl wegen der Enttarnung ihres kurzzeitigen Vorsitzenden Ibrahim (Manfred) Böhme als „Inoffizieller Mitarbeiter“ des MfS in einige Turbulenzen geriet, abgelehnt. Ohnehin bestimmte der Gründungskonsens vom Oktober 1989, den Kampf gegen die SED führen zu wollen, die Haltung der SPD-Mehrheit gegenüber der PDS. Schließlich entschied sich Mitte April 1990 die SPD dafür, einer großen Koalition unter dem CDU-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière beizutreten.

Die PDS ließ aufkommende Enttäuschung über die Haltung Gorbatschows jedoch nicht in eine Trotzhaltung gegenüber der KPdSU umschlagen. Sie versuchte, die Kontinuität der Parteibeziehungen zu sichern. Letztlich hielt sie sich an die Formulierungen des auf dem Wahlparteitag im Februar 1990 angenommenen neuen Parteiprogramms. Im Abschnitt „Unsere Vision als Bestandteil des Menschheitsfortschritts“ war formuliert worden: „Das Bündnis der DDR mit der Sowjetunion betrachten wir als eine entscheidende Bedingung ihrer Existenz- und Entwicklungsfähigkeit und als Faktor der europäischen Stabilität in der gegenwärtigen Umbruchphase. Wir bekräftigen nachdrücklich unsere Solidarität und Unterstützung für eine sozial progressive und demokratische Erneuerung der Gesellschaften in der Sowjetunion und in anderen Ländern. Diesem Ziel dienen die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der KPdSU und der PDS.“<sup>61</sup>

Bereits zwei Tage nach der Volkskammerwahl, am 20. März, führten laut Erinnerung Bruno Mahlows er

60 Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). 24./ 25. Februar 1990, Berlin 1990, S. 18f.

61 Partei des Demokratischen Sozialismus. Dokumente – Standpunkte – Materialien, Auswahl, Januar bis Mai 1990, Berlin 1990, S. 22.

und Hans-Joachim Willerding von der Kommission Internationale Politik beim PDS-Parteivorstand erneut ein Gespräch mit einem „leitenden Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU“, offenbar mit Valentin Koptelzew. (Dok. 26) Eine Vorlage aus dem April 1990 (Dok. 27) läßt z. B. die Vermutung zu, die PDS rechnete zu diesem Zeitpunkt noch mit einem Fortbestand des RGW.

Im Gespräch zwischen Gysi und Falin am 18. Mai 1990 (Dok. 29) wurde allerdings deutlich, daß die sowjetische außenpolitische Entscheidungselite gespalten war – Falin versuchte, seine persönlichen Auffassungen gegen Gorbatschow und Schewardnadse durchzusetzen – und daß die PDS ihr Verhältnis zur deutschen Einheit erst noch genauer bestimmen mußte. Beide Teilnehmer waren sich darüber hinaus nicht sicher, inwieweit sie eigentlich noch Einfluß auf die Entscheidungsprozesse nehmen konnten.

Die persönliche Situation der Gesprächspartner hatte sich inzwischen sowohl in der DDR als auch in der UdSSR verändert. Gysi war Vorsitzender einer Partei, die kein von den anderen Parteien der DDR akzeptierter politischer Akteur war. Falin arbeitete als Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der KPdSU inzwischen „im Schatten“ des Außenministers Eduard Schewardnadse. Außenpolitik wurde in Moskau seit der Institutionalisierung eines Präsidialrats im März 1990 zunehmend nicht mehr primär durch die Kommunistische Partei und ihr Politbüro, sondern vor allem durch den Präsidenten, d. h. durch Gorbatschow und Schewardnadse, gemacht.

Das Treffen von Gysi und Falin am 18. Mai 1990 in Berlin war jedoch noch von den traditionellen kommunistischen Parteibeziehungen beeinflußt. Denn obwohl Falin in der Hierarchie niedriger als Gysi stand, respektierte der PDS-Vorsitzende die Ratgeberrolle des für die sowjetische Deutschlandpolitik zuständigen ZK-Abteilungsleiters – wohl vor allem deshalb, weil Falin für ihn die KPdSU-Führung repräsentierte.

Das Gespräch von Gysi und Falin stand im Kontext verschiedener innen- wie außenpolitischer Ereignisse und Entwicklungen. Am 19. April hatte Lothar de Maizière in seiner Regierungserklärung die Absicht unterstrichen, die militärischen wie die ökonomischen Interessen der Sowjetunion loyal zu respektieren. Die Ablösung der Rechte der Alliierten in Deutschland sollte in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und die Stärkung der KSZE-Strukturen eingebettet werden. Gysi lehnte

für die PDS die Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zur NATO ab und forderte statt dessen eine Entmilitarisierung und Neutralisierung.<sup>62</sup> Ende April versuchte de Maizière bei einem Besuch in Moskau, die Bereitschaft der Sowjetunion für eine Zwischenlösung auszuloten und die sowjetische Befürchtungen über die Folgen einer NATO-Zugehörigkeit des DDR-Territoriums zu zerstreuen. Letzteres mißlang, da die Sowjetunion nach dem Verzicht auf die Neutralisierung nun dem Konzept einer Doppelmitgliedschaft Deutschlands in beiden Bündnissen zuneigte. Die inzwischen in der sowjetischen Führung verfestigte Toleranz gegenüber einer künftigen Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO ließ allerdings die Spielräume für die Verhandlungen offen.

Am 5. Mai äußerte UdSSR-Außenminister Schewardnadse beim ersten Außenministertreffen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn Zustimmung zu einer Entkopplung, d. h. zur Möglichkeit einer Trennung der inneren und äußeren Aspekte der deutschen Einheit.<sup>63</sup> Wenn es auch kein ausdrückliches Junktim zwischen der deutschen Vereinigung einerseits und dem Abschluß des außenpolitischen Verhandlungsprozesses andererseits mehr gab, konnte der Vereinigungsprozeß, d. h. konnten die Vertragsverhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik beschleunigt werden. Die Vereinbarung über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde schließlich am 18. Mai, an jenem Tag, an dem auch Gysi und Falin zusammentrafen, unterzeichnet.<sup>64</sup> Demzufolge kam die Initiative Falins eigentlich zu spät, wenn er nicht darauf vertrauen konnte, durch Einflußnahme auf die KPdSU-Führung, z. B. mit dem Argument einer von Deutschland ausgehenden Gefahr für die Sowjetunion bzw. eines Sturzes von Gorbatschow, noch eine Wendung in der sowjetischen Deutschlandpolitik zu erreichen. Falins Überlegungen gingen weit über das hinaus, was in Moskau anscheinend Konsens war: Wenn schon die deutsche Einheit nicht mehr zu verhindern war, dann konnte am ehesten noch die Zugehörigkeit Deutschlands zum Bündnis blockiert werden – und darüber hinaus käme eventuell sogar die Auflösung der NATO als Militärpakt in Betracht. So machte der ganze Umbruch in Osteuropa plötzlich einen Sinn; und Gysi ebenso wie die PDS sollten dazu ihren Beitrag leisten.

Erstaunlich bleibt dennoch, daß Falin von der Möglichkeit militärischer Auseinandersetzungen zur Realisierung sicherheitspolitischer Interessen sprach. Selbst

62 Neutralisierung war, in Übereinstimmung mit der Sowjetunion, der Kern des sicherheitspolitischen Konzepts der Regierung unter Hans Modrow.

63 Vgl. Ulrich Albrecht: Die Abwicklung der DDR. Die „2+4-Verhandlungen“. Ein Insider-Bericht, Opladen 1992, S. 45.

64 Dieser Abschluß war z. B. für die Sowjetunion Anlaß, nach den verbliebenen Spielräumen für die Handlungsautonomie der DDR im Zwei-plus-Vier-Prozeß zu fragen. Vgl. ebenda, S. 48.



wenn er glaubte, den Widerstand des sowjetischen Militärs gegen eine Zustimmung der Moskauer Führung in der Bündnisfrage behaupten – und gegebenenfalls mobilisieren – zu können, muß er sich den Vorwurf einer abenteuerlichen Denkweise – oder einer grotesken Fehleinschätzung – gefallen lassen. Seine realitätsferne Sicht und seine Entfernung vom Denken und Handeln des KPdSU-Generalsekretärs gipfelte in dem vielfach zitierten Telefonat mit Gorbatschow in der Nacht vor dessen Treffen mit Kohl im Kaukasus. Allen Argumenten Falins erteilte Gorbatschow dabei eine eindeutige Absage: „Ich fürchte, daß der Zug schon abgefahren ist.“<sup>65</sup> Falin war demnach bereits Anfang 1990 in einen „falschen Zug“ eingestiegen. Und es sieht so aus, als ob die PDS-Führung sich lange an den Fahrplan des falschen Zuges gehalten hätte.

Am 18. Mai 1990 war Falin noch davon ausgegangen, daß der PDS-Vorsitzende vor dem XXVIII. Parteitag der KPdSU Anfang Juli einen Termin bei Gorbatschow wahrnehmen könne. Doch der PDS-Vorsitzende kam trotz einer Einladung Gorbatschows an ihn, seinen Urlaub in der Sowjetunion zu verbringen (*Dok. 30*), bis zum Abschluß der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen nicht mehr in einen persönlichen Kontakt mit diesem. Der Kremlchef ließ eine fest geplante Verabredung – offiziell aus Krankheitsgründen – platzen, und Gysi mußte am 14. Juni 1990 mit ZK-Sekretär Alexander Jakowlew vorlieb nehmen. (*Dok. 31*)

Der außenpolitische Entscheidungsprozeß verlief in der Sowjetunion noch immer in den tradierten parteilichen Legitimationsstrukturen. Gorbatschow und Schevardnadse warteten ab, ob sich relevanter Widerstand gegen den bis dahin erreichten Stand der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen auf dem XXVIII. KPdSU-Parteitag entwickeln würde. Gorbatschow überstand jedoch den Parteitag und bekam dadurch freie Hand für die letzte Runde der Verhandlungen um die deutsche Einheit, die seitens der UdSSR mehr oder weniger nach dem Motto geführt wurden: Deutsche Einheit gegen Deutsche Mark.<sup>66</sup>

Bereits am 14. Mai 1990 waren der Berater von Bundeskanzler Kohl, Horst Teltschik, sowie die Vorstandssprecher der Deutschen und der Dresdner Bank, Hilmar Kopper und Wolfgang Röller, in Moskau zu geheimen, allerdings vorentscheidenden Finanzverhandlungen mit Gorbatschow und Ryshkow zusammengetroffen. Moskau erbat einen langfristigen Kredit von 10 bis 15 Milliarden Rubel. Wenige Tage nach den Gesprächen

bot Kohl in einem Schreiben eine ungebundene Finanzspritze über fünf Milliarden DM an. Schon im Juni 1990 bewilligten das Kabinett und der Haushaltsausschuß des Bundestages in Bonn diesen „Jumbo-Kredit“. Nie zuvor war eine solch gewaltige Summe von der Bundesregierung einem anderen Land verbürgt worden.<sup>67</sup>

Am 7. Juni 1990 fand nochmals ein Gipfeltreffen des sich auflösenden Warschauer Paktes in Moskau statt. Dabei kam es auch zum Meinungsaustausch über die deutsche Frage. Gorbatschow skizzierte die UdSSR-Positionen. Der künftige deutsche Einheitsstaat sollte für eine Übergangsperiode beiden Bündnissen angehören. Die von der DDR im Pakt übernommenen Verpflichtungen seien zu erfüllen, die sowjetischen Truppen in der DDR blieben zunächst stationiert, die deutsche Armee solle eine Obergrenze einhalten. Das Konzept konnte im Westen unschwer als Verhandlungsmasse gedeutet werden, zumal die inneren Probleme der Sowjetunion weiter eskalierten und der wirtschaftliche Spielraum immer enger wurde.

Noch am Tage der Beratungen in Moskau übermittelte UdSSR-Ministerpräsident Ryshkow einen Brief an seinen ostdeutschen Amtskollegen de Maizière. Hauptgegenstand war die Finanzierung der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen nach der am 1. Juli 1990 geplanten Währungsunion. Der DDR-Ministerpräsident entsandte umgehend seinen Vertrauten nach Moskau.

Staatssekretär Günther Krause führte am 26. Juni 1990 in Moskau Gespräche mit Ryshkow. Der sowjetischen Seite wurde garantiert, daß in Vorbereitung der Währungsunion für die Truppen ein Umtauschverhältnis der Gelder von 2 zu 1 in Anwendung gebracht werde. Ryshkow forderte nochmals, „daß für die UdSSR mit dem Prozeß der Einheit Deutschlands kein Schaden eintreten darf“. Krause verwies darauf, daß die Truppenstationierung von der DDR allein im ersten Halbjahr 1990 mit einer Milliarde Mark subventioniert werde. Mit der Währungsreform sichere Ost-Berlin die Fortzahlung der Mittel in D-Mark.<sup>68</sup>

Krause begriff zweifellos die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der sowjetischen Führung rasch. In einer Notiz für de Maizière betonte er den Zusammenhang, den die Sowjets zwischen äußeren und inneren Aspekten der deutschen Einheit sahen. Eine „erweiterte Zusammenarbeit“ sei von Moskau ausdrücklich erwünscht. Am 8. August 1990 faßte der DDR-Ministerrat zunächst den entsprechenden Beschluß zur Versorgung der UdSSR-Truppen.<sup>69</sup>

65 Valentin Falin: Politische Erinnerungen, S. 492.

66 Vgl. Rafael Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn/München/Wien/Zürich 1997, S. 420ff.

67 Vgl. ebenda, insbesondere S. 647f.; Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 230ff.

68 Vgl. Bundesarchiv, Abteilung DDR (BArch, DC 20), 6034.

69 Vgl. ebenda, I/3 - 3038 und 3039.

Im übrigen war der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten bereits am 18. Mai 1990 in Ost-Berlin in Anwesenheit der Regierungschefs durch die Finanzminister Walter Romberg und Theo Waigel unterzeichnet worden.<sup>70</sup> Nach der Inkraftsetzung des Staatsvertrages zum 1. Juli 1990, mit der Einführung der D-Mark in der DDR, begannen die Verhandlungen für das nächste Abkommen, das als Einigungsvertrag in die Geschichte eingehen sollte.

### **Im Angesicht der deutschen Einheit: Vom Kaukasus-Gipfel bis zur Neuordnung der bilateralen Beziehungen (Juli 1990 bis Januar 1991)**

Bis zum Juli 1990 verweigerte die Sowjetunion dem künftigen Gesamtdeutschland die NATO-Mitgliedschaft. Moskau zeigte sich über das Schicksal seiner Truppen in der DDR sehr besorgt und versuchte, eine weitgehende Neutralisierung der Supermachtinteressen in Mitteleuropa durchzusetzen. Wesentlichen Einfluß auf den weiteren Verlauf hatten die Gespräche zwischen der sowjetischen und der westdeutschen Führung vom 14. bis 16. Juli 1990 in Moskau und im kaukasischen Archys. Gorbatschow und Schewardnadse gaben dabei gegenüber Kohl und Genscher zahlreiche Positionen auf, die sich in einem Acht-Punkte-Katalog zusammenfassen lassen:

1. Deutschland wird die NATO-Mitgliedschaft zugestanden.
2. Mit der Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages erlöschen die Viermächterechte.
3. Die sowjetischen Truppen verlassen einseitig die DDR.
4. Der Truppenabzug dauert vier Jahre.
5. Im gleichen Zeitraum erfolgt die vollständige NATO-Integration des DDR-Territoriums.
6. Eine Demilitarisierung des DDR-Territoriums unterbleibt.
7. Die Truppenstärke der Bundeswehr wird auf 370 000 Soldaten festgelegt.
8. Der Abzug der westlichen Streitkräfte aus Berlin erfolgt ebenfalls in vier Jahren.<sup>71</sup>

Mit den Gesprächsergebnissen von Archys manifestierte sich eine grundlegende, für die Weltöffentlichkeit spektakuläre Wende in der sowjetischen Deutschlandpolitik. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit konnten auf dieser Grundlage als gelöst angesehen werden.

Die Parteibeziehungen von PDS und KPdSU wurden dennoch fortgesetzt, wie es u. a. der Besuch des PDS-Ehrenvorsitzenden Modrow am 24. Juli in Moskau zeigte. Dabei kam es zu einer Unterredung mit dem auf dem

XXVIII. KPdSU-Parteitag in das neugeschaffene Parteipräsidium gewählten nunmehrigen ZK-Sekretär Falin. (Dok. 34) Falin traf wiederum einen Monat später mit Bruno Mahlow von der Kommission Internationale Politik der PDS zusammen. (Dok. 37) Diese Kommission legte im August 1990 eine Einschätzung der Situation in der Sowjetunion vor (Dok. 35), deren Tenor wenig hoffnungsfroh klang; die resignativen Aspekte bestimmten faktisch auch die Erwartungen über die Parteibeziehungen, die im Dezember 1990 schließlich in ein resümierendes Thesenpapier mündeten. (Dok. 40)

Immer dann, wenn Gorbatschow nach Archys noch Probleme bei der Absegnung von deutschlandpolitischen Entscheidungen in Moskau signalisierte, war die Bundesregierung zu weiteren finanziellen Zugeständnissen bereit. Im Zusammenhang mit dem Abschluß der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen im September bat Gorbatschow dringend um Hilfe. Er bekam am 10. September 1990 von Kohl die Zusage über weitere deutsche Transferleistungen in Höhe von 15 Milliarden DM und verschaffte sich so vorübergehend den notwendigen innenpolitischen Spielraum für die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 in Moskau. Neben Kohl konnte sich Gorbatschow im Herbst 1990 als Förderer der deutschen Einheit feiern lassen, allerdings nicht mehr im eigenen Land. Mit Verzögerung setzte auch in der Sowjetunion der Untergang des sozialistischen Systems ein.

Noch bevor am 12. September 1990 die Außenminister der ehemaligen Alliierten und der beiden deutschen Staaten den „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ unterzeichneten, war am 31. August der deutsche Einigungsvertrag abgeschlossen worden. Mit Wirkung vom 24. September 1990 verließ die DDR den Warschauer Vertrag. Deutschland blieb Mitglied der NATO. Nach einer Übergangszeit räumten sämtliche Truppen Moskaus Ostdeutschland. Unmittelbar vor dem vorgesehenen Einigungstermin bestätigte eine Vereinbarung der Alliierten auf der KSZE-Außenministertagung in New York am 1./2. Oktober 1989 die Außerkraftsetzung ihrer seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geltenden Rechte. In der Nacht zum 3. Oktober 1990, um Null Uhr vollzog die Deutsche Demokratische Republik den erklärten Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Unterzeichnung eines „Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland, am 9. November 1990 von Helmut Kohl und Mi-

70 Vgl. Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Erklärungen und Dokumente, Bonn 1990.

71 Vgl. Rafael Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt, S. 693.

chail Gorbatschow in Bonn feierlich vollzogen, fand die radikale Neugestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen ihren vorläufigen Abschluß. Einige Monate später wurde das gesamte Vertragswerk durch das sowjetische Parlament ratifiziert und völkerrechtlich verbindlich.<sup>72</sup>

Das ZK der KPdSU sandte am Tag der deutschen Einheit immerhin noch ein solidarisches Schreiben an die PDS. Darin wurde die DDR als Symbol aufrichtiger Versöhnung nach dem schrecklichen Krieg bezeichnet, ihre Errungenschaften auf sozialem, kulturellen und anderen Gebieten blieben unbestreitbar.<sup>73</sup> Nur einige Tage später illustrierte die „Putnik-Affäre“ – aus Furcht vor einer Enteignung der PDS hatten Funktionäre der Partei Geld auf einem Konto der Firma Putnik in Moskau deponiert – eine abschließende Seite des immer noch praktizierten proletarischen Internationalismus.

Die PDS stellte inzwischen bezüglich ihrer Beziehungen zur KPdSU allerdings keinen Sonderfall mehr dar. Der rapide Zerfall der alten Strukturen des Warschauer Paktes im Herbst 1990 wurde von einer zunehmenden Bedeutungslosigkeit der alten Parteibeziehungen begleitet, denn die ehemals regierenden Parteien waren zumeist nicht mehr in den nationalen Machtstrukturen verankert.

Die desolante Situation spiegelte sich auf einem Treffen der sogenannten Reformsozialisten des ehemaligen Ostblocks in Moskau am 14./15. November 1990 besonders prägnant wider. Die Beratung setzte faktisch den Schlußpunkt unter die traditionellen Parteibeziehungen, wie sie sich seit den Zeiten der Kommunistischen Internationale entwickelt hatten. Das „Neue Deutschland“ titelte zwar noch „Isolation überwunden“.<sup>74</sup> In der Realität sah es jedoch inzwischen so aus, daß jede Partei eigenständig zusehen mußte, wie sie ihr Überleben sicherte. Aus Moskau war keine Unterstützung mehr zu erwarten.

Seitens der PDS nahmen Gregor Gysi, Hans Modrow, Hans-Joachim Willerding und Bruno Mahlow an den Beratungen teil. Die KPdSU wurde durch den stellvertretenden Generalsekretär Wladimir Iwaschko repräsentiert. Der vielbeschäftigte Michail Gorbatschow traf am 15. November 1990 nur kurz mit den Delegationen zusammen. Die Teilnehmer haben sehr anschaulich nachempfinden können, was es bedeutet, wenn im Kreml die Lichter ausgehen. Mitten in ihren Beratungen im Zentralkomitee der KPdSU wurden sie eilig in Limousinen gequetscht, damit Gorbatschow sie

kurz empfangen konnte. Nach dem Treffen erfolgte auf ähnlich chaotische Weise ihr Abtransport. Die Spitzenvertreter der PDS kannte der KPdSU-Generalsekretär wenigstens noch persönlich. Den meisten anderen Abgesandten, unter ihnen befand sich auch der spätere polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, begegnete er zum ersten und gleichzeitig zum letzten Mal.

In der erwähnten Pressemeldung wurde von einem Gespräch zwischen Gysi und Gorbatschow am Rande der Moskauer Tagung gesprochen. Dies entsprach nicht den Tatsachen, die beiden Politiker sahen sich lediglich im Rahmen der geschilderten und dokumentierten Zusammenkunft mit dem KPdSU-Chef. (*Dok. 38*)

Gorbatschow bezeichnete – wie zum Trost – die in den realsozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas gewonnenen Erfahrungen als „wichtig für die Zivilisation in Europa und für den Fortschritt der ganzen Menschheit“.<sup>75</sup> Unvermittelt fügte er an: „Er habe auch dem Bundeskanzler Kohl gesagt, daß die Erfahrungen der DDR nicht umsonst gewesen seien.“ Außerdem streifte er die katastrophale Lage in der UdSSR und meinte schließlich, daß es wichtig wäre, „öfter zusammenzukommen und einen ständigen Informations- und Meinungs austausch zu gewährleisten“. Der PDS-Vorsitzenden Gysi entgegnete – zwei Wochen vor den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen – darauf: „Heute brauche man mehr denn je Solidarität. Deshalb danke er für die Worte, die Genosse Gorbatschow beim Bundeskanzler für die ehemalige DDR und für ihre Bürger gefunden habe. (Genosse Gorbatschow erklärte dazu, daß er in diesem Sinne beim Bundeskanzler einiges gesagt habe und dabei sich auch für den Genossen Erich Honecker eingesetzt hat, was auch vom Bundeskanzler richtig verstanden wurde.) Eine solche Solidarität, setzte Genosse Gysi fort, brauche man heute aus psychologischen und emotionalen Gründen.“

Die PDS – weiterhin um die Gestaltung ihrer Kontakte zur KPdSU besorgt (*Dok. 39*) – übte diese Solidarität noch im Dezember 1990 aus, als ihr Präsidium einen „Aufruf zur verstärkten Hilfe für die Sowjetunion“ anlässlich einer befürchteten Hungersnot verabschiedete.<sup>76</sup> Umgekehrt vermißte sie diese alsbald: Zwar wurde im März 1991 der „Genosse Honecker“ kurzerhand noch nach Moskau ausgeflogen; doch weiter ging die sowjetische Unterstützung nicht mehr. Einige Reaktionen in der PDS auf den Putschversuch gegen Gorbatschow im August 1991 waren alles andere als angetan, ein neues Kapitel in den Beziehungen aufzuschlagen.<sup>77</sup>

72 Vgl. das Vertragswerk, in: Karl Kaiser: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach 1991, S. 256 ff.

73 Vgl. ADN-Meldung vom 3. Oktober 1990.

74 Vgl. ND, 16. November 1990.

75 PDS-Archiv. Auch die folgenden Zitate entstammen dieser Quelle.

76 Vgl. Erklärung des Präsidiums der PDS, in: Pressedienst, Nr. 41, 14. Dezember 1990, Beilage.

77 Vgl. Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989 bis 1994, Berlin 1995, S. 76 f.

Am 29. August 1991 wurde der KPdSU schließlich jegliche weitere Tätigkeit untersagt.<sup>78</sup> Gorbatschow selbst genoß inzwischen in Kreisen der PDS bereits den Ruf, der eigentliche Schuldige am Untergang der DDR zu sein.

Unmittelbar nach den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen befaßte sich der PDS-Parteivorstand mit dem von der Kommission Internationale Politik am 7. Dezember 1990 vorgelegten Thesenpapier „Zur weiteren Gestaltung der Parteibeziehungen mit der KPdSU“. (Dok. 40) Den Ausgangspunkt stellten noch die „bislang besonders intensiven Kontakte“ dar. Im folgenden hieß es: „Charakter und Formen der Parteibeziehungen haben sich bereits wesentlich verändert, wurden den neuen Bedingungen angepaßt (Verzicht auf jeglichen Formalismus, sachbezogene Ausrichtung, Erhöhung der Operativität, Kostenoptimierung usw.).“<sup>79</sup> Kritisch analysierten die Autoren die „nicht voll realisierten“ Beschlüsse des Präsidiums vom 10. Januar 1990 und stellten als Ursachen die „Wandlungen unserer Partei“, die „übermäßige innenpolitische Beanspruchung der eigenen Kräfte“ und die „Begrenzung der materiellen und finanziellen Voraussetzungen“ heraus. Außerdem sei eine „Relativierung des Stellenwertes der Beziehungen mit der KPdSU zugunsten der Entwicklung der Kontakte mit anderen Parteien und Bewegungen insbesondere Westeuropas“ notwendig.<sup>80</sup>

Der Wandel in den Parteibeziehungen sollte der Tatsache Rechnung tragen, daß nunmehr Kontakte zwischen einer Regierungspartei und einer Partei in der Opposition mit spezifisch ostdeutscher Herkunft und Orientierung zu entwickeln seien. Die PDS rückte von den statischen Elementen der Vergangenheit zugunsten moderner Formen der Kooperation ab. Hinzu kamen Konsultationen zwischen Parlamentariern beider Parteien und das Vorhaben, zeitweilig gemeinsame Arbeitsgruppen „zur Bearbeitung gesellschaftlicher Schwerpunktprobleme“ zu bilden.

Nach Auffassung der Autoren war das Problem fortschreitender „Dezentralisierung und Regionalisierung“ in der KPdSU sowie die Rolle der Plattformen in beiden Parteien schwierig in seiner Wirkung auf die Parteibeziehungen einzuschätzen. Nicht die Revitalisierung kommunistischer, sondern die Entwicklung sozialdemokratischer Tendenzen in der PDS wurde von der KPdSU besonders positiv bewertet.

Hans Modrow blieb es überlassen, im Januar 1991 der KPdSU-Führung mitzuteilen (Dok. 41 und 42), daß nach dem Vollzug der deutschen Einheit die ehemaligen Freunde der UdSSR in Deutschland „zum Freiwild erklärt“ worden seien. Viele meinten inzwischen, die Sowjetunion hätte die Interessen der DDR „verraten“. Dennoch wolle die PDS-Gruppe des Bundestages die Kontakte zur KPdSU ausbauen.

Ob ihm die Antwort seines Partners Janajew, man werde versuchen, die negativen Momente „zu nivellieren“, und an einen „sowjetischen Brief zur deutschen Einheit als ein Bestandteil des Vertrages denken“, glaubwürdig erschien, darf angesichts der anschließend geschilderten Probleme in der UdSSR und in der KPdSU bezweifelt werden.

Modrow, der danach mit Falin über ein breites Spektrum von Themen und Problemen sprach (den Zweiplus-Vier-Vertrag, Probleme der PDS im Bundestag und in der Partei, innenpolitische Entwicklung, Fragen der Transformation, Situation der Linken in Europa, Verhältnis zur DKP u. a. m.), wurde von diesem in der Auffassung bestärkt, daß die PDS eine besondere Funktion habe, als einzige Partei, „die im Bundestag und in den entsprechenden Landtagen, in parlamentarischen Institutionen der BRD, aber auch in der europäischen Gemeinschaft Westeuropas in parlamentarischen Kontakten in der Lage ist, den Nachlaß der DDR ökonomisch, sozial, kulturell, national differenziert und ausgewogen, daß heißt den Staat DDR, ohne den die heutige Entwicklung in Europa undenkbar wäre, zu vertreten“.

Zur Realisierung der neuen Vorstellungen über die Gestaltung von Parteibeziehungen ist es jedoch nur in Ansätzen gekommen. Die PDS, die in der Volkskammer als Partei in der Opposition versucht hatte, im unausweichlichen Prozeß der deutschen Einheit sich als Vertreterin von besonderen DDR-Interessen zu profilieren, entging dem Schicksal der KPdSU. Die zunächst schwindende Akzeptanz gegenüber den politischen Positionen der PDS zeigte sich in den Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern am 14. Oktober 1990.<sup>81</sup> Auch die Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 brachten noch keine Trendwende, endeten jedoch dank der Einteilung Deutschlands in zwei Wahlgebiete mit getrennter 5-Prozent-Sperrklausel mit dem Einzug der weiterhin umstrittenen Partei in das gesamtdeutsche Parlament.<sup>82</sup>

78 Vgl. Michail Gorbatschow: Der Staatsstreich, München 1991; Gerd Ruge: Der Putsch. Vier Tage, die die Welt veränderten, Frankfurt a. M. 1991.

79 PDS-Archiv.

80 Vgl. ebenda.

81 Die Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern brachten der PDS Stimmenanteile zwischen 9,7 und 15,7 Prozent.

82 Bei den Bundestagswahlen errang die PDS im Wahlgebiet Ost 11,1 Prozent, im Wahlgebiet West 0,3 Prozent und insgesamt damit 2,4 Prozent der Stimmen. Sie errang 17 Mandate im 12. Deutschen Bundestag. Zur Wahlanalyse vgl. Gero Neugebauer/Richard Stöss: Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen 1996, S. 157 ff.

Der Moskauer Putsch vom August 1991 hatte die Auflösung der Parteiorganisation der KPdSU und die Brechung der Macht des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zur Folge und stoppte überdies auch die von der PDS beabsichtigten Neuansätze in den Parteibeziehungen. Innerhalb weniger Monate war damit die Absicht, die Kontakte auf eine neue Stufe zu stellen, mit dem Absturz des vorgesehenen Partners zunichte gemacht und der Protagonist der „Umgestaltung“ von den von ihm freigesetzten Kräften entmachtet. Die PDS demonstriert heute durch die Mitgliedschaft in der neuen europäischen Linken ihre neue Orientierung; dazu gehören reguläre Parteibeziehungen zu den Kommunisten der Russischen Föderation.

## Resümee

Die Geschichte der DDR ist für die meisten Betrachter im Herbst 1989 zu Ende gegangen. Viele sprechen von einer 40jährigen Existenz des ostdeutschen Staates und vergessen dabei – bewußt oder unbewußt – das 41. Jahr mit seinem politischen, wirtschaftlichen und mentalen Umbrüchen. Statt dessen wird ein statisches Bild erzeugt, das oft zugleich die Analyse ersetzt. Das Prozeßhafte der Entwicklung tritt zurück. Aus der Vor-Wende-DDR entstand jedoch zunächst die DDR der Wende von 1989/90. Die alte Gesellschaft sollte mit einer neuen DDR überwunden werden, ein Vorhaben, das schließlich aufgegeben wurde, als sich zeigte, daß dafür weder im eigenen Lande noch bei der früheren Garantiemacht Unterstützung zu finden war.

Die Veränderungen vollzogen sich in rasantem Tempo und überforderten nicht selten auch das politische Wahrnehmungsvermögen der sich bereits innerhalb der alten Staatspartei SED vorsichtig profilierenden Reformkräfte. Oft durchdrang ein aus heutiger Sicht merkwürdiges Gemisch aus politischen Utopien und traditionalistischen Strukturen das konzeptionelle Denken. Anleihen wurden bei linken Theoretikern der internationalen Sozialdemokratie ebenso genommen wie bei ökologieorientierten Denkern der Grünen. 1989/90 kam hinzu, daß allen Veränderungen und Neuansätzen zum Trotz die politischen Reformen in der PDS wie gebannt auf die durch Michail Gorbatschow von der Spitze her reformierte KPdSU schauten. In 40 Jahren DDR war – abgesehen von Honeckers Anti-

Perestroika-Politik – das positive Verhältnis zur sozialistischen Führungsmacht Sowjetunion von existentieller Bedeutung geblieben.

In den Thesen einer politikwissenschaftlichen Konferenz der PDS über die Geschichte der DDR-Außenpolitik 1994 heißt es: „Für das Schicksal der DDR war deren Einordnung in die sowjetische Deutschland- und Europapolitik von entscheidender Bedeutung, die das Verhältnis der UdSSR als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges zu den westlichen Alliierten einschloß. [...] Die Existenz der DDR war nur als Bestandteil des sowjetischen Glacis in Mittel- und Osteuropa möglich. In dieser Eigenschaft wurde die DDR bis hin zu ihrem Zusammenbruch aber gleichzeitig zu einem Element der eigenen militärischen Sicherheit der UdSSR.“<sup>83</sup> Auch für die neue Führung der SED/PDS war das Vertrauen in die Führungskraft der sowjetischen Parteispitze zunächst noch nicht erschüttert. Daran klammerte sich die Hoffnung, von Moskau aus würde dem Bestreben nach einer kapitalistisch dominierten Vereinigung beider deutscher Staaten entschieden entgegengetreten.

Valentin Falin hat die Situation, in der sich die SED nach dem geschlossenen Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee Anfang Dezember 1989 befand, beschrieben: „Die Geschichte preßte 100 Jahre in 100 Tagen zusammen. Die Selbstbestimmung der Bürger in der DDR fand statt. Aufgabe der Politiker war es nun, die Wegmarken zu setzen, daß die Materialisierung der Rechte einer Nation nicht die Rechte und Interessen anderer Nationen verletzte. Diese Arbeit mußte in höchstem Tempo geleistet werden. Die Stimmung in beiden deutschen Staaten war vor allem von Ungeduld bestimmt. Diese konnte rasch in Intoleranz umschlagen, wenn sich die beteiligten Regierungen nach dem Vorbild früherer Jahre noch lange in hohlen Worten ergingen.“<sup>84</sup> Im Inneren der DDR erkannte Deutschland-Kenner Falin „keinen Politiker am Horizont“, der im Sommer und Herbst 1989 „mit einiger Aussicht auf Erfolg an eine tiefgreifende Reform der DDR zu gehen“ imstande gewesen wäre, und resümierte: „Wenn ich hier behauptete, die Republik hätte eines Retters von außen bedurft, dann will ich damit niemanden kränken.“<sup>85</sup> Nur offensichtlich wollten sich weder Falin noch Gorbatschow in dieser Rolle sehen, denn – abgesehen vom schwindenden politischen Willen – ließen die fehlenden Ressourcen der Sowjetunion schon zu diesem Zeitpunkt keine so-

83 Werner Hänisch/Harald Neubert: Die internationalen Existenz- und Rahmenbedingungen und die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik im historischen Wandel (Thesen), in: DDR-Außenpolitik. Aus heutiger Sicht. Politikwissenschaftliche Konferenz der PDS, 16. April 1994 in Berlin, Berlin 1994, S. 199 f.

84 Valentin Falin: Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion, München 1997, S. 151.

85 Ebenda.

wjetische Offensive für die langfristige Rettung einer souveränen DDR mehr zu.

Für die SED mußte es indes darum gehen, neben einer konsequenten und selbstkritischen Aufarbeitung ihrer Geschichte, Schritt für Schritt eigene Politikfähigkeit zu erlangen. Im Herbst/Winter 1989/90 waren einerseits ein schneller Verfall überkommener „realsozialistischer“ Werte und tragender Elemente der bisherigen Machtordnungen sowohl in der DDR und in anderen Staaten Ost- und Südosteuropas, aber auch in der Sowjetunion zu erkennen. Andererseits unternahmen die neuen Akteure an der Spitze der nach Reformen drängenden und auf sie angewiesenen Parteien Versuche, die gewachsenen bilateralen Formen der Zusammenarbeit zu erhalten und teilweise mit neuen Inhalten zu versehen.

Mit dem gewachsenen zeitlichen Abstand läßt sich besser erkennen, daß der Bruch mit den tradierten Strukturen und Inhalten in der internationalen Kooperation mit den „Bruderparteien“, sowohl innerhalb der SED als auch der KPdSU, sehr langsam und auch halbherzig vollzogen worden ist. Einzelne Schritte und auch Gesprächsformulierungen im Jahr der staatlichen Einheit Deutschlands zeugen vom erheblichen Beharrungsvermögen „alten Denkens“ in den Köpfen selbst jener in der KPdSU und der PDS, die als ausgewiesene Reformer galten oder gelten wollten, wodurch sie mitunter den Eindruck erweckten, ihre Strategie sei rückwärts gewandt.

Manchen der Akteure ist zugute zu halten, daß deren Sozialisation in politisch-ideologisch dominierten Traditionen und Strukturen es ihnen schwer fallen oder sogar als unmöglich erscheinen ließ, solche „jähren Wendungen“, wie sie sich vor allem im ersten Halbjahr 1990 vollzogen, erwarten zu wollen, geschweige denn vorauszusehen und in ihre Planungen einzubeziehen. Ebenso wird man ihnen – ohne ihre Intentionen zu teilen – zubilligen müssen, sich im Kontext ihrer politischen Antizipationen und Strategien verhalten zu haben, beispielsweise beim Versuch, über Verbündete Einfluß auf Entwicklungen zu nehmen, die durch nationale Politik nicht zu beeinflussen waren, die aber im parteipolitischen Interesse lagen. Jedenfalls kann die hier dokumentierte Zeit als eine Ausnahmesituation gelten, denn selten haben sich in der neueren deutschen Geschichte Umbrüche in einem derartigen Tempo vollzogen, die zugleich „ewige Wahrheiten“ in kürzester Zeit entwerteten.

Das Ende der KPdSU und die Auflösung der Sowjetunion bildeten den Abschluß eines Prozesses, dessen Ausgang nicht erwartet werden konnte, als Gorbatschow 1985/86 seine Politik der beschleunigten Umgestaltung und der politischen Offenheit einleitete.

Zwar ist das Schicksal des realsozialistischen Systems in Europa nicht von dieser Politik zu trennen, aber sie ist nicht die ausschließliche Ursache des Untergangs. Es wäre eine in fataler Weise einseitige Sicht, die übersehen würde, daß die DDR durch die dem System des strukturellen Stalinismus immanenten Widersprüche, durch die fehlenden individuellen Freiheitsrechte, die unzureichende demokratische Legitimation sowie durch die Unfähigkeit zu sozialen, ökonomischen und ökologischen Reformen und Innovationen scheiterte.

Mit diesem Erbe mußte – wohl oder übel – die PDS fertig werden. Ihre Politiker, unabhängig davon, ob sie in der DDR politische Verantwortung trugen, völlige Newcomer waren oder gar aus dem Westen kamen, wurden und werden nicht selten pauschal für ihre Vorgängerpartei in die Pflicht genommen. Selbstverständlich muß sich die Partei dieser Geschichte, aber auch der inzwischen fast zehnjährigen eigenen Entwicklung kritisch stellen. Zu letzterem zählt die Genesis ihres Verhältnisses zur KPdSU, das zwangsläufig in den persönlichen Erfahrungen und Haltungen vieler Parteimitglieder und der Führung wurzelte. Allein die Hinwendung zur Unterstützung von Glasnost und Perestroika brachte noch keine neue Politik, zumal diesen Schritt bereits der letzte SED-Generalsekretär Egon Krenz zu vollziehen suchte.

Die Entwicklung vom Herbst 1989 bis zum Jahreswechsel 1990/91 läßt ein facettenreiches und widersprüchliches Bild entstehen:

1. Die Voraussetzungen, unter denen die SED-Führung in den letzten Monaten vor der Wende und während der Herbstereignisse 1989 antrat, waren äußerst ungünstig. Eine aktive, gestalterische Rolle wäre für einen Versuch zur Rettung von System und Partei notwendig gewesen. Die funktionalen und personellen Voraussetzungen waren minimal. Dringend benötigte Programme und Konzepte existierten nicht. Die Nichtreflexion der sich akut verschärfenden Krisensymptome und -prozesse im Führungs- und Herrschaftsorgan Zentralkomitee verdeutlichte die verkrusteten Machtstrukturen und gleichzeitig die strukturelle Reformunfähigkeit des realsozialistischen Systems in der DDR.

2. Nachdem Egon Krenz seit dem 18. Oktober 1989 für 51 Tage als neuer Generalsekretär die SED führte, unternahm er und einige Mitglieder des Politbüros noch den verzweifelten Versuch, ohne jede konzeptionelle Vorbereitung Reformen in der DDR einzuleiten. Diese kopierten nicht selten in der Sowjetunion kreierte und z. T. dort gescheiterte Elemente der Perestroika-Politik Gorbatschows. Eine genaue Analyse der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation im Lande lag nicht vor und konnte kurzfristig auch nicht erstellt werden. Die dennoch kursierenden Zahlen waren ein Gemisch aus

noch immer anzutreffender Schönfärberei und nicht unerheblichen negativen Übertreibungen.<sup>86</sup>

Neue Berechnungen machen deutlich, auf welcher ungenauer Datenbasis über die wichtigsten ökonomischen Kennziffern die letzten beiden DDR-Regierungen zu agieren hatten. Da kaum eine Bilanzzahl verlässlich war, wurde jeglicher planerische Neuansatz schnell zu Makulatur degradiert. Offenbar war die das internationale Kreditgeschäft verfolgende „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“ in Zürich wesentlich besser über die tatsächliche Zahlungsbilanz der DDR im Bilde als die Regierung des Landes bzw. das Finanzministerium.

Noch schwieriger einzuschätzen als die bereits unübersichtliche wirtschaftliche Situation waren jedoch die politischen Verhältnisse in der DDR. Das Krenz-Politbüro beabsichtigte keineswegs eine vollständige Demokratisierung der Gesellschaft. Seine Nachtrab-Politik wurde bereits nach kurzer Zeit zu einer gefährlichen Belastung für den inneren Frieden im Lande. Mangelnde Glaubwürdigkeit gepaart mit unrealistischen Lageeinschätzungen sowie das Ausbleiben der erhofften Unterstützung aus der Sowjetunion bereiteten dem letzten SED-Generalsekretär ein schnelles politisches Ende.

Dennoch hatte es bereits in der kurzen Amtszeit von Krenz Versuche gegeben, im Vergleich zu Honeckers Politik Veränderungen im Verhältnis zur Sowjetunion einzuleiten. Die von der SED an Valentin Falin am 1. November 1989 übergebenen Vorschläge für einen Erfahrungsaustausch und Konsultationen mit der KPdSU enthielten neben traditionellen Vorstellungen auch neue Überlegungen. So sollten zukünftig „strategische Entscheidungen auf der Grundlage von Prognosen und Analysen zu solchen Komplexen wie Verteidigungs- und Außenpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik“ getroffen werden.<sup>87</sup> Unwillkürlich stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage solche Entscheidungen bis dato getroffen wurden.

3. Seit dem Sonderparteitag im Dezember 1989 vollzog sich die Trennung der staatlichen von den Parteistrukturen. Das hatte nachhaltigen Einfluß auf die Beziehungen zwischen DDR und Sowjetunion. Die PDS begann nach dem Gysi-Besuch in Moskau Anfang Februar 1990, ihre Kontakte zur KPdSU getrennt von den außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen beider Staaten zu entwickeln.

DDR-Ministerpräsident Hans Modrow war am 30. Januar 1990 als „erster Mann“ der DDR schon ohne die früher übliche „Parteibegleitung“ zu seinen Unterredungen mit Gorbatschow gereist, obwohl dieser nach wie vor sowohl Parteichef und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets war und später Staatspräsident wurde. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahlen in der DDR war diese Trennung für die Regierung und die Partei nicht nur optisch, sondern tatsächlich unerlässlich, sollte die Streichung der „führenden Rolle“ aus Artikel 1 der Verfassung glaubhaft sein.

4. Die Reise Hans Modrows Ende Januar 1990 nach Moskau und die drei Tage später folgenden Gespräche Gregor Gysis mit Michail Gorbatschow und anderen Vertretern der sowjetischen Führung markieren den Beginn einer neuen Etappe der Parteibeziehungen von PDS und KPdSU. Nunmehr versuchte die PDS-Führung – allen politischen Rückschlägen innerhalb der eigenen Partei zum Trotz –, Inhalt und Form dieser Kontakte zu verändern. Zwar war die PDS zu diesem Zeitpunkt noch Regierungspartei und mit zahlreichen Ministern im Kabinett Modrow vertreten, erhob jedoch nicht mehr den Anspruch, über die Arbeitsweise und die Aufgaben der Regierung auf innen- und außenpolitischem Gebiet vorzuzuscheiden.

Parallel dazu vollzog sich auch die Entscheidung über das nahende Ende der DDR. Zwischen dem 26. Januar 1990, der entscheidenden deutschlandpolitischen Beratung im Kreml, und dem 13./14. Februar 1990, als der Besuch der DDR-Regierungsdelegation unter der Leitung von Hans Modrow in Bonn erfolgte, fielen die Würfel zugunsten einer im wesentlichen durch die Bundesregierung dominierten deutschen Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt stimmte die Sowjetunion einer Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO jedoch noch nicht vorbehaltlos zu.

5. Nach der Volkskammerwahl im März und den Kommunalwahlen im Mai 1990 war die PDS in den Parlamenten der DDR in die Oppositionsrolle gedrängt worden. Im Wahlkampf hatte sich die Partei noch für die weitere Existenz der DDR als reformierter und demokratischer Staat eingesetzt. Die Mehrzahl der DDR-Bürger wollte jedoch eine schnelle Währungsunion mit der Bundesrepublik und die kurzfristige staatliche Vereinigung. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des praktizierten Eilmarsches zur deutschen Einheit war

86 Nach Berechnungen des früheren Ministerialrates im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Armin Volze, lag die Nettoverschuldung der DDR gegenüber dem Westen Ende 1989 „nominal mit Sicherheit unter 15 Mrd. US-Dollar, wahrscheinlich zwischen 13 und 14 Mrd. US-Dollar, vielleicht noch niedriger“. Vgl. Armin Volze: Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in: Deutschland Archiv, H. 5/1996, S. 701. So erwies sich zum Beispiel die vom noch amtierenden Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, Politbüromitglied Gerhard Schürer, erstmals vorgelegte und später von der Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung, Christa Luft, übernommene Schätzung der DDR-Auslandsverschuldung in Höhe von 20,6 Milliarden Dollar als um mindestens fünf bis sechs Milliarden Dollar zu hoch angesetzt.

87 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3255.

sich kaum jemand im klaren. Hoffnungen bestimmten das Verhalten.

Die Position der PDS, mit Hilfe der Sowjetunion den nicht mehr aufzuhaltenden Prozeß der deutschen Vereinigung zu stoppen oder zumindest Einfluß auf dessen innen- wie außenpolitische Gestaltung zu nehmen, erwies sich spätestens nach den Gesprächen zwischen Helmut Kohl und Michail Gorbatschow im Juli im Kaukasus als Illusion. Hans Modrow bewertet heute diesen Vorgang sarkastisch, daß diejenigen die in der Sowjetunion mit Perestroika und Glasnost begannen, „mit Ausverkauf endeten“.<sup>88</sup>

Gorbatschows 1995 herausgegebene „Gipfelgespräche“ geben die Aufzeichnung seines Gesprächs mit Helmut Kohl am 15. Juli 1990 in Moskau wieder, lassen uns jedoch über die Verhandlungen „in der klaren Bergluft des Kaukasus“ weiter im unklaren. In seiner Rede anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages am 9. November 1990 erklärte der sowjetische Präsident, daß sich die Sowjetunion dem sich immer schneller vollziehenden Prozeß der deutschen Vereinigung nicht in den Weg gestellt und sogar einen bedeutenden Teil der Verantwortung für die Regelung der äußeren Aspekte auf sich genommen habe. Er fügte hinzu: „In diesem Zusammenhang möchte ich die Tage der Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl in Archys besonders hervorheben.“<sup>89</sup>

Als sich der Bundeskanzler mit dem sowjetischen Präsidenten über die äußeren und bilateralen Aspekte der deutschen Vereinigung einigte, hatte die PDS nichts mehr mitzuentcheiden. Allerdings war sie als Oppositionspartei ebenso wie die anderen Fraktionen von Volkskammer und Bundestag oder gar die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland und der Sowjetunion nie über die Absprachen von Archys informiert worden. Die Aussagen von Kohl und Gorbatschow sowie von Genscher, Schäuble und Teltschik lassen noch viele Fragen offen. Die Akteure legten über ihre Kaukasusgespräche den Schleier des Ungewissen, der vermutlich länger als die übliche Sperrfrist in den Archiven Bestand haben dürfte.

6. Die neuen Führungskräfte der PDS um Gregor Gysi und Hans Modrow, die ganz wesentlich Einfluß auf die Neugestaltung der Parteibeziehungen zur KPdSU nahmen, mußten sich sowohl persönlich als auch konzeptionell von auch ihnen eigenen alten Traditionen verabschieden. Dies vollzog sich zwangsläufig in einem konfliktreichen und auch im einzelnen schmerzhaften Erkenntnisprozeß. Der an praktischen Reformen und am Übergang zu freien Wahlen beteilig-

te Ministerpräsident Hans Modrow spielte auch nach den Volkskammerwahlen – nun als Ehrenvorsitzender der Partei – eine Vorreiterrolle, ohne allerdings traditionelle, historisch gewachsene Auffassungen gänzlich zu negieren.

7. Die Parteibeziehungen alten Stils zwischen der PDS und der KPdSU gingen mit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und der Absicht der PDS, sich im parlamentarischen System der Bundesrepublik zu verankern, praktisch zu Ende. Die vom stellvertretenden Generalsekretär der KPdSU, Wladimir Iwaschko, Mitte November 1990 geleitete Beratung der Vertreter von Reformparteien der ehemaligen Ostblockstaaten beendete auch formal die vier Jahrzehnte währende Tradition multilateraler Konsultation unter der Ägide der sowjetischen Kommunisten. Das von der PDS im Dezember 1990 beratene und vom Parteivorstand verabschiedete Papier über die Neugestaltung der Parteibeziehungen zur KPdSU war eine unmittelbare Konsequenz dieser Beratung.

Alle aus den früheren Regierungsparteien der Länder des Warschauer Paktes hervorgegangenen reformorientierten linkssozialistischen oder kommunistischen Parteien standen, wie die PDS, vor existentiellen Herausforderungen, die nur durch eine genaue Analyse der politischen Situation in den Ländern zu beantworten waren. Während die KPdSU in Rußland nach dem August-Putsch 1991 verboten und die PDS im gesamten Deutschland zu einer Fünf-Prozent-Partei am Rande der Sperrklausel wurde, gelang es den Nachfolgeparteien in Polen, Bulgarien, Rumänien, Albanien und Litauen zeitweilig in Regierungskoalitionen einzutreten oder gar den Staatspräsidenten zu stellen. Die Akzeptanz dessen, was diese Parteien im Erneuerungsprozeß zustande brachten, ist freilich sehr unterschiedlich einzuschätzen.

Die PDS befand sich jedoch in dieser Hinsicht in einer Sondersituation, die auf der staatlichen Vereinigung Deutschlands beruhte. In den neuen Bundesländern war und ist die Partei eine mitgliederstarke Organisation mit einem Wähleranteil von bis zu 20 Prozent geblieben. Die Westausdehnung gelang bisher nicht. Letzteres dürfte jedoch für die zukünftige Etablierung im Parteiensystem der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung sein.

8. Die erste Entwicklungsstufe, die die PDS nach ihrer Konstituierungsphase im Dezember 1989 durchlief, war zunächst noch stark vom Streben nach Erhalt einer eigenständigen DDR geprägt. Bereits in dieser Zeit und noch stärker im Verlauf der frühen neunziger Jahre

88 Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, S. 462.

89 Michail S. Gorbatschow: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1995, S. 267.



profilierte sich die Partei „zweifelsohne zur wichtigsten Stimme einer authentischen ostdeutschen Identität“.<sup>90</sup>

Die Art und das Tempo des Wandels im Verhältnis von PDS und KPdSU bis 1991 sind ein Spiegelbild der sich auf europäischem und deutschem Boden vollziehenden politischen Prozesse. Der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ als Weltsystem zwang beide Parteien zur Neuorientierung.

Typisch für die gesamte Entwicklung der PDS in diesem Zeitraum und in den folgenden Jahren war, daß die Parteiführung und die ihr nahe stehende intellektuelle Elite diesen Prozeß „von oben“ führte, während erhebliche Teile der Parteibasis ihr Verhältnis zur Sowjetunion und zur KPdSU zumindest bis zum Putsch im August 1991 aufgrund persönlicher Erfahrungen eher nostalgisch verklärten.

Diese Neuorientierung hat sich vor allem durch die erzwungene Auflösung der KPdSU und die sich in Rußland nach dem Ende der Sowjetunion etablierte Präsidialmacht Boris Jelzins in starkem Maße beschleunigt. Inzwischen unterhält die PDS auch zur Kommunistischen Partei der Russischen Föderation politische Beziehungen. Umfang und Intensität dieser Parteibeziehungen sind jedoch wesentlich weniger ausgeprägt und keinesfalls mit der Qualität der Kontakte im Zeitraum 1989/90 vergleichbar.

9. Seit der deutschen Vereinigung wurde nicht selten die These vom Verrat Gorbatschows und der sowjetischen Politbürokratie an der DDR und ihrer deutschen Bruderpartei gebraucht. Mitunter wird ein frühzeitig, möglicherweise im Oktober 1988 beim Besuch von Kohl in Moskau<sup>91</sup> eingeleitetes Komplott ausgemacht.

Der letzte SED-Generalsekretär Egon Krenz bezeichnete die DDR zwar als „legitimes Kind“ der Sowjetunion und forderte am 1. November 1989 deshalb die KPdSU-Spitze auf, zu ihrer Vaterschaft zu stehen. Trotz aller Wendungen und Merkwürdigkeiten in den Ereignissen von 1989/90 läßt sich jedoch die Verratsthese nicht nachweisen. Weder aus der bisher vorliegenden Memoirenliteratur noch aus den bislang zugänglichen Quellen ist ein derartiger Vorwurf zu belegen. Wichtiger als solche fragwürdigen Einschätzungen dürfte eine schonungslose Analyse der tatsächlichen Vorgänge in der Sowjetunion, der DDR und der anderen osteuropäischen Staaten sein.

10. Die „Diktatur des Proletariats“ ostdeutscher Prägung brach zusammen, wie das gesamte nach dem

Zweiten Weltkrieg in Osteuropa von der Sowjetunion geschaffene und dominierte Herrschaftssystem zusammenfiel. Die allgemeine Systemkrise wurde am Ende der achtziger Jahre deutlich. Zum Scheitern trugen ein ineffektives und innovationsträges Wirtschaftssystem, mangelnde politische Demokratie und die nicht vorhandene Bereitschaft zur Durchsetzung individueller Menschenrechte bei.

Die UdSSR war seit über einem Jahrzehnt im Niedergang, die DDR-Wirtschaft stand vor dem Ruin, die Kraft der Partei zeigte sich erschöpft, der Apparat vom Krisenmanagement zermürbt, die Kader verschlissen, die Ideologie ausgelaugt, die Repressionsorgane desorientiert. Ein personeller Führungswechsel konnte nichts mehr bewirken, da er keine neuen Grundkoordinaten mit sich brachte.

Die Parteidiktaturen fanden keine Möglichkeiten im Inneren wie im Äußeren, diese Entwicklung aufzuhalten. Eine bis zu den Ereignissen in Polen 1981 übliche Praxis der Drohung bzw. Realisierung militärischer Mittel entfiel nach dem Machtantritt Gorbatschows. Der entscheidende Impuls dabei ging vom „neuen Denken“, der seit 1985 unter Gorbatschow veränderten außenpolitischen Strategie der Sowjetunion aus. Bis 1989 ließ sich die vom Kreml eröffnete „Freiheit der Wahl“,<sup>92</sup> bezogen auf den künftigen Entwicklungsweg der sozialistischen Länder, nur theoretisch entscheiden. Doch schließlich zeitigte die Absage an die Breshnew-Doktrin einschneidende praktische Konsequenzen, zunächst in Polen und Ungarn, dann auch in den anderen ehemaligen Satellitenstaaten des Ostblocks. Die Wahlfreiheit wurde so – sicherlich ungewollt – auch zum Ausgangspunkt der deutschen Einheit.

...

90 Andrei S. Markovits/Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997, S. 384.

91 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 125 ff. Hierbei handelt es sich um eine Aktennotiz über das Gespräch Erich Honeckers mit dem Leiter der 3. Europäischen Abteilung im UdSSR-Außenministerium Alexander Bondarenko am 30. Oktober 1988. Bondarenko hatte Honecker im Auftrage Gorbatschows ausführlich über den Kohl-Besuch in der Sowjetunion informiert.

92 Zur Begriffsprägung „Freiheit der Wahl“ vgl. insbesondere Rafael Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt, S. 87 ff.